

HANS MAUR

KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Im Widerstand gegen
Faschismus und Krieg
(1933-1945)

Janusz-Korczak-Bibliothek
Berliner Str. 120-121 • 13187 Berlin
Tel. 4748 66 77 / 4748 66 71

Stadtbezirksbibliothek
Eh.-Pankow
H263= 462

Mau Informationsbestand

Berlin 2004

Inhaltsverzeichnis


Ein Wort zuvor	Seite 3
Sie stimmten gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“	Seite 7
Naziterror in Karow	Seite 12
Widerstand trotz Kerkermauern und Stacheldraht	Seite 13
Für eine antifaschistische Einheitsfront	Seite 20
„Versetzt ihm eins!“	Seite 21
Max Sellheim – Kommunalpolitiker und Betriebsrat bei Siemens	Seite 24
Helfer im Widerstand	Seite 28
Verhaftet wider Willen	Seite 30
Im faschistischen Kerker	Seite 30
Übermittler wichtiger Nachrichten	Seite 31
Führend im Widerstandskreis „Europäische Union“	Seite 33
Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager in Karow	Seite 37
Illegaler Treffpunkt in der Kattowitzer	Seite 39
Kampfgefährten der Saefkow-Jacob-Organisation	Seite 42
Gerda Boenke – eine mutige Antifaschistin	Seite 47
„Gruppe Klaus“ – Kundschafter im Dienste des Friedens	Seite 49
Auf Distanz zur Naziideologie	Seite 51
„Helft, das Naziregime zu stürzen!“	Seite 52
Die letzten Tage des Krieges	Seite 54
Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!	Seite 57
Literaturauswahl	Seite 59

Ein Wort zuvor

Die Erforschung des Widerstandes gegen die Hitlerdiktatur und den Zweiten Weltkrieg war im Deutschland der Nachkriegsgeschichte zweigeteilt, wie das Land selbst. Die staatsgewollte Forschung in der BRD bevorzugte den militärischen Widerstand der Männer um den 20. Juli 1944, die der DDR den Widerstand der Kommunisten. Das entsprach ihren gegensätzlichen Staatsauffassungen. Aber war es nur das? Die Forderung des namhaften westberliner Wissenschaftlers Peter Steinbach: „Der Widerstand der Kommunisten muß in die Wirklichkeit seiner Zeit gestellt und auch aus den damaligen Zeithorizonten analysiert werden“, kommt nicht von ungefähr, zumal der politische Widerstand im „Dritten Reich“ zu 75 Prozent kommunistisch, zu 10 Prozent sozial-demokratisch und zu 3 Prozent christlich-bürgerlich motiviert war.

Die Faschisten, am 30. Januar 1933 vom Monopol- und Bankkapital an die Macht lanciert, ließen von Anbeginn die Welt mit ihrem ungehemmten Terror gegen Andersdenkende aufherrschen. Die Mehrheit der Deutschen hatte zwar die Naziartei am 5. März 1933 nicht gewählt, aber das Nazireich über mehr als ein Jahrzehnt bejubelt und geduldet. Noch mochte niemand so recht erahnen, dass der Boykott von Geschäften jüdischer Besitzer und von Praxen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933 der Beginn der Umsetzung jener verhängnisvollen Rassenideologie war, die hin zur millionenfachen Ermordung jüdischer Männer, Frauen und Kinder führte. Nach den öffentlichen Bücherverbrennungen in den deutschen Städten am 10. Mai 1933 verschwand das beste humanistische Kulturgut; Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler erhielten Berufsverbot und wurden in die Emigration getrieben. Mit Autobahnbau und militärischer Aufrüstung wurde der Zweite Weltkrieg zur Vormachtstellung Deutschlands vorbereitet, der nach dem Überfall auf die europäischen Völker und deren Ausplünderung in einem fürchterlichen Fiasko endete. Wer versuchte, sich dem entgegenzustellen, geriet in die Fänge der Geheimen Staatspolizei, wurde in Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingekerkert, mußte mit seinem Leben unter der Guillotine bezahlen: Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Demokraten, Christen, Militärs. Und dennoch gab es immer wieder Menschen, die sich der grausamen Tyrannei widersetzen.

In diesem 4. Heft der kleinen Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“ werden Personen vorgestellt, die der Nazidiktatur, dem Terror, dem Rassenwahn und dem Krieg getrotzt haben. Es sind Männer und Frauen, die in Karow wohnten, im engen Kontakt mit Karowern Antifaschisten standen oder die in späteren Jahren in unserem Stadtteil geehrt wurden und noch heute verehrt werden. Nicht wenige von ihnen erlebten die ersehnte Freiheit nicht mehr. Sie versuchten ihre Mitbürger aufzuklären, traten gegen die anfängliche Kriegshysterie und für ein rasches Ende des Völker-



Illegale Unterkunft für politisch Verfolgte und jüdische Mitbürger in der Kattowitzer Straße

Völkermordens auf. Sie boten den verfolgten jüdischen Mitbürgern ein Versteck in ihrem Wohnbereich an, was außergewöhnlich war, aber Zehntausende allein in Berlin vor dem Tod in den Vernichtungslagern rettete. Sie fanden menschliche Wärme in einer so schrecklichen Zeit, bei Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, einfachen Bürgern.

Über den Widerstand von Seiten der sozialdemokratischen Bewegung und aus dem christlich-bürgerlichen Lager ist in Karow so gut wie nichts bekannt. Mag sein, das dies einer unzureichenden Forschung in der Vergangenheit anzulasten ist. Aber auch in den letzten 14 Jahren ist nichts an Wissenswertes hinzugekommen. Dafür erhellte die Forschung den von den Kommunisten geführten Widerstand. Ihre opferreiche Offensive gegen die Nazidiktatur blieb allerdings in den Anfangsjahren trotz massenhafter Verbreitung von Flugblättern und Flugschriften relativ wirkungslos. Nach der Zerschlagung vieler illegal arbeitender Gruppen durch die Gestapo in den Jahren 1935/36 entwickelten sich dennoch schon kurz danach neue regionale Strukturen des kommunistischen Widerstandes. Schon 1937 kam es in Berlin zur Bildung einer neuen illegalen Bezirksorganisation der KPD unter Robert Uhrig. Die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern 1939 entlassenen Kommunisten fanden sich in Neuformierungen gegen den Krieg zusammen, mit Basis in Rüstungsbetrieben. Nach der Verhaftungswelle gegen Mitglieder der Uhrig-Organisation entstanden neue Widerstandsgruppen in Berlin, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und dem Ruhrgebiet, die sich 1943 in Berlin zu einer operativen Inlandsleitung der KPD unter Anton Saefkow und Franz Jacob zusammenschlossen, bemüht alle Hitlergegner zum Zusammengehen in der Bewegung „Freies Deutschland“ zu gewinnen. Die Erfahrungen, welche die bisher von den Verhaftungen Entgangenen, aber auch die inzwischen wieder aus der Haft Entlassenen gemacht hatten, stärkten sie in ihrer Bereitschaft, mit sozialdemokratisch und anderen antifaschistisch Gesinnten zusammenzuarbeiten. 1943/44 gelang es so, in über 50 Berliner Betrieben den Widerstand fortzusetzen. Die Saefkow-Jacob-Organisation wirkte der Goebbels'schen Demagogie entgegen, richtete Aufrufe an ArbeiterInnen zur Sabotage in der Rüstungsproduktion, appellierte an Soldaten, das Völkermorden zu beenden, knüpfte Verbindungen zu ausländischen Zwangsarbeitern, besorgte illegale Quartiere für die von den Deportationen in die Vernichtungslager bedrohten jüdischen Mitbürger und für desertierte deutsche Soldaten und strebte eine Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Widerstand an, um sich über die Nachkriegsordnung in Deutschland zu verständigen.

Vergessen wir die Menschen nicht, die sich mutig der Nazidiktatur widersetzen.

Berlin, 2004

Sie stimmten gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von der NSDAP vom Reichspräsidenten von Hindenburg mit einer Regierungsneubildung beauftragt. Das kam nicht unversehrt. Seit dem 1. Juni 1932 hatte das Deutsche Reich bereits eine Präsidialdiktatur unter dem Reichskanzler Franz von Papen erlebt. Er hatte den Reichstag aufgelöst und das Verbot der faschistischen Terrorverbände SA und SS aufgehoben. Am 20. Juli 1932 stürzte er ohne Gegenwehr die SPD-Regierung in Preußen. Bei den darauf folgenden Reichstagswahlen, die am 31. Juli 1932 stattfanden, ging die Nazi-partei bereits als Wahlsieger hervor. Hitler kündigte hier schon den Anfang einer großen „Abrechnung“ an. Es sei an der Zeit, endlich alle Parteien zu vernichten, da sie allein alles in Deutschland vernichtet hätten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hatte zuvor vergeblich gewarnt: „Wer mit dem Faschismus spielt, der spielt mit Deutschlands Untergang.“ Sein Ruf wurde nicht erhört. Die Sozialdemokraten verloren im Reich über 600.000 Wählerstimmen. Friedrich Peine, der seit 1926 in der Karower Spinolastraße wohnte und im Wahlkreis Hannover-Ost kandidiert hatte, konnte sein Abgeordnetenmandat für den deutschen Reichstag verteidigen. Ebenso Friedrich Ebert, der zwar erst später, 1943 bis 1945, in Karow wohnte, der im Potsdamer Wahlkreis sein sozialdemokratisches Reichstagsmandat erneut holte.

Ein halbes Jahr später war Hitler Reichskanzler und stand einem Regierungskabinett aus Vertretern der NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei und ehemaligen Ministern der Papen-Regierung vor. Vergebens waren die Bemühungen der demokratischen Parteien gewesen, die zu erwartende terroristische Diktatur zu verhindern. Noch am Abend des 30. Januar marschierten die braunen Kolonnen siegestrunken durch Deutschlands Straßen.

Als am nächsten Tag der Parteiausschuß und der Parteivorstand der SPD, der Bundesausschuß der Gewerkschaften (ADGB) und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin zusammen kamen, herrschte Skepsis und Resignation. Peine und Ebert waren dabei. Das Angebot der Kommunisten zu einem gemeinsamen Handeln in der Stunde der akuten Gefahr wurde abgelehnt. An der Basis warteten die Parteimitglieder und Gewerkschafter vergeblich auf ein Signal für eine zentrale Gegenaktion. Der Zeitpunkt für außerparlamentarische Aktionen wurde als noch nicht für gekommen angesehen, die Hitlerregierung stehe auf verfassungsmäßigen Füßen. In ihrem Aufruf, den der „Vorwärts“ veröffentlichte, hieß es: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen und Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.“

Namentliche Abstimmung

in der 2. Sitzung am Donnerstag, dem 23. März 1933

Schlussabstimmung über den von den Abgeordneten, Dr. Fried, Dr. Oberfohren und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich — Nr. 6 der Drucksachen —

Sozialdemokratische Partei

Frau Agnes	Nein
Frau Ansförge	frank
Arzt	frank
Auffhäuser	Nein
Dr. Baade	Nein
Becker (Herborn)	Nein
Bernhard	Nein
Biedermann	Nein
Bießer	Nein
Böckler	Nein
Frau Bohm-Schuch	Nein
Brandes	Nein
Dr. Breitscheid	frank
Buchwitz	Nein
Crispien	—
Dahrendorf	Nein
Dietrich (Thüringen)	Nein
Dill	Nein
Dittmann	—
Dobbert	Nein
Ebert	Nein
Eggerstedt	Nein
Faust	Nein
Felder	Nein
Finke	—
Fleißner (Dresden)	—
Frölich	Nein

Kräbig	Nein
Künstler	Nein
Kuhnt	—
Frau Kunert	frank
Landsberg	—
Varssen	Nein
Dr. Leber	—
Lipinski	Nein
Litte (Berlin)	Nein
Löbe	Nein
Dr. Löwenstein	frank
Lübbe	Nein
Lufft	frank
Dr. Marum	—
Meier (Baden)	—
Mertins	Nein
Meh	Nein
Dr. Mierendorff	—
Moltmann	Nein
Frau Nemig	Nein
Nowack	Nein
Parzsch (Hannover)	Nein
Passehl	Nein
Peine	Nein
Peters	Nein
Petrich	Nein
Frau Pfälf	Nein
Pohle	Nein
Puchta	—
Raloff	Nein
Reißner (Frankfurt)	Nein
Reuter (Magdeburg)	Nein
Richter (Hilbesheim)	Nein

Das mochten gutgemeinte Ratschläge gewesen sein, doch statt dessen handelte die faschistisch-konservative Regierung. Am 1. Februar 1933 wurde der bisherige Reichstag aufgelöst, Neuwahlen für den 5. März anberaumt, ebenso verfahren mit den Kommunen und der 12. März festgelegt. Nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar wurden bereits wichtige Grundgesetze außer Kraft gesetzt. Auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung wurden Maßnahmen erlassen, welche die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit sowie das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkten. Der Wahlkampf war begleitet von einer rüden Hetzjagd auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten, von Verboten sozialdemokratischer und kommunistischer Zeitungen, von Überfällen der SA und der SS auf Wahlveranstaltungen. Bei Eberts, die zu dieser Zeit in Brandenburg an der Havel lebten, nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung vor. Am 2. März verhängte die Polizeibehörde der Stadt Brandenburg ein Erscheinungsverbot für die „Brandenburger Zeitung“, deren Chefredakteur Friedrich Ebert war. Für Wahlverstärkungen seiner Partei bekam er Redeverbot. Friedrich Peine war in seinem Hannoverschen Wahlkreis unterwegs. Und beide Männer wurden erneut in den Reichstag gewählt. Im gesamten Reich hatten sich 7,2 Millionen Wahlberechtigte für die SPD entschieden. Das waren 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Naziartei erhielt 43,9 Prozent, die Kommunisten bekamen trotz des massiven Terrors immerhin noch 12,3 Prozent. Die Hitlerpartei hatte im Reichstag nicht die von ihr erhoffte Mehrheit erreicht. Zweidrittel aller Stimmen im Reichstag benötigte sie aber, um die Weimarer Verfassung vollends auszuhebeln. Das Rezept dazu war bald gefunden: die 81 kommunistischen Reichstagsmandate wurden am 9. März widerrechtlich für ungültig erklärt.

Friedrich Ebert wurde auch wieder in die Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg an der Havel gewählt. Die erste Sitzung des neuen Parlaments verlief allerdings tumultartig. Die Naziabgeordneten prügelten mit Hilfe von SA-Trupps die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Saal. Die Ortspolizeibehörde bezichtigte Ebert, er suche ein Zusammengehen der SPD mit den Kommunisten.

Die Eröffnung des neuen Deutschen Reichstages fand am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonskirche am Grabe des Preußenkönigs Friedrich II. statt. Peine und Ebert blieben wie ihre anderen sozialdemokratischen Genossen dem fern. Der „Tag von Potsdam“ war ein chauvinistisch veranstalteter Staatsakt. Mit einem pompösen Propagandarummel beschwor Hitler eine Vision der „Vermählung zwischen Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft“. Er legte zwar seinen Eid auf die Verfassung der Weimarer Republik ab, den er aber alsbald brechen sollte.

Am 23. März 1933 war die erste Reichstagssitzung. Das heuchlerisch formulierte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ stand zur Abstimmung. Es ist

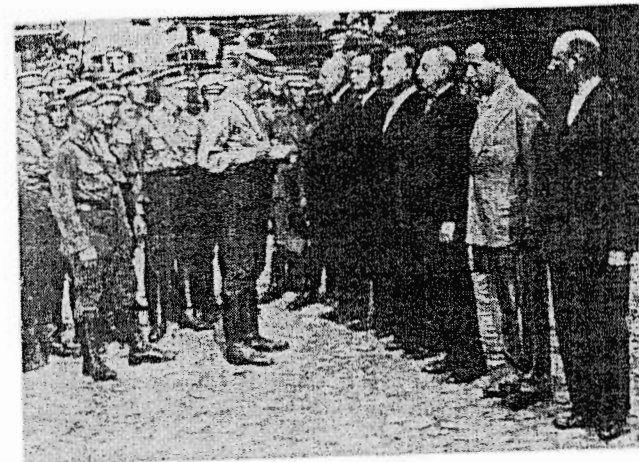
als das verhängnisvolle „Ermächtigungsgesetz“ in die Geschichte eingegangen. Die Kommunisten hatten keinen Zugang mehr zur Sitzung des Reichstages. Viele von ihnen waren bereits verhaftet worden. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten waren schon 26 ins Ausland emigriert oder saßen in Nazi-Kerkern. Noch am 21. März hatten 16 SPD-Abgeordnete, dazu gehörte auch Friedrich Ebert, im Reichstag einen Antrag eingereicht, die zehn sich in Haft befindlichen Abgeordneten der SPD sofort freizulassen. Jedoch vergeblich.

Die Faschisten sahen so ihre Zweidrittelmehrheit für die Abstimmung als „gesichert“ an. Durch eine Gasse von SA-Trupps mußten sich die verbliebenen sozialdemokratischen Abgeordneten den Weg zu ihren Plätzen im Sitzungssaal bahnen. Hier wurden sie sofort von bewaffneten SS-Männern umstellt. Sie sollten psychisch unter Druck gesetzt werden. Otto Wels, der Parteivorsitzende der SPD, stimmte vor dem Grenium des Deutschen Reichstages zwar der von Hitler erhobenen „außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung“ zu, begründete aber zugleich das unumkehrbare „Nein“ seiner Partei, die sich „zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ bekenne. Hitler antwortete mit Hohn, sie, die Nazis, seien nun die Kraft der deutschen Arbeiter. Nur die 94 anwesenden Mandatsträger der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen auch Friedrich Peine und Friedrich Ebert, hatten den Mut gegen dieses „Ermächtigungsgesetz“ zu stimmen. Die anderen im Reichstag vertretenen Parteien bejahten mit der Nazi-partei die für das deutsche Volk zum Verhängnis werdende Vorlage. Mit dem „Ermächtigungsgesetz“ war der Hitler-Regierung die Möglichkeit gegeben, Gesetze ohne Beratung und Verabschiedung durch das Parlament zu erlassen. Und dies nutzte sie rigoros für die Festigung ihrer Diktatur im Innern. Eine wesentliche Grundlage der Demokratie – die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt – war damit aufgehoben.

An der Reichskonferenz der SPD am 28. April 1933 in Berlin nahmen Peine und Ebert teil. Ihre Parteiführung verkündete erneut eine Stillhaltepolitik. Die gegebenen gesetzlichen Chancen dürften nicht überschritten werden. Die Nazis kehrten sich einen Dreck darum. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von SA und Polizei besetzt, die Funktionäre verhaftet. Am 10. Mai vollzogen die Nazis nach dem „Judenboykott“ vom 1. April einen weiteren barbarischen Akt. In den Städten ließen sie auf Scheiterhaufen die besten Werke der deutschen und internationalen Literatur, Kunst und Wissenschaft verbrennen: Barbusse, Bebel, Brecht, Engels, Feuchtwanger, Frank, Gorki, Heine, Kisch, J. London, Luxemburg, Heinrich und Thomas Mann, Marx, Ossietzky, Remarque, Renn, Rolland, Seghers, Tucholsky, Zola und Zweig. Das Vermögen der SPD, der sozialdemokratischen Verlage und Druckereien sowie das des Reichsbanners wurde konfisziert. Auch die von Friedrich Ebert geleitete „Brandenburger Zeitung“ samt Verlag und Druckerei wurden beschlagnahmt. Er verlor seine Arbeit und wurde aus der Dienstwohnung vertrieben.

Die Verwirrung in der SPD-Führung blieb. Gesucht wurde nach einem Rettungsanker. Am 17. Mai stimmten die noch verbliebenen 65 SPD-Abgeordneten dem aggressiven außenpolitischen Programm der Hitler-Regierung gegen den Widerstand einer eigenen Minorität zu. Es half alles nichts. Die Nazis steuerten ihren diktatorischen Kurs. Am 22. Juni 1933 untersagte der Reichsinnenminister durch Erlaß der SPD schließlich jede politische Betätigung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verloren nun ebenfalls ihre Mandate, wie zuvor die Kommunisten. Und am 14. Juli wurde gemäß Gesetz jegliche Fortführung und Neubildung von Parteien unter Strafe gestellt und die Nazi-partei zur einzigen politischen Partei in Deutschland entschieden. Die Weimarer Verfassung war nun völlig außer Kraft, was das totale Ende des demokratischen Staates bedeutete.

Friedrich Ebert wurde am 1. Juli 1933 verhaftet. Für ihn begann ein qualvoller Leidensweg. Die Nazis verschleppten ihn in verschiedene Konzentrationslager. Auf Protest der internationalen Öffentlichkeit mußte er schließlich freigelassen werden. Trotz polizeilicher Überwachung nahm er zunächst Kontakte zum gewerkschaftlichen Widerstand und später zur kommunistisch geführten Berliner Organisation um Robert Uhrig auf.



F. Ebert im
KZ Oranienburg 1933
(5 v. l.)

Friedrich Peine verlor seine Anstellung als Genossenschaftssekretär beim Zentralverband der Deutschen Konsum-Genossenschaften. Die Zentrale schaufelte sich aus Furcht vor Repressalien seitens der Nazis ihr eigenes Grab. Auf dem Genossenschaftstag am 14. August 1933 gab der Verband seine Eigenständigkeit auf. Peine war in Pension gegangen.

(Nach: H. Maur, Karower Persönlichkeiten,
Abgeordnete des Deutschen Reichstages)

Naziterror in Karow

Die SA war als Hilfspolizei eingesetzt worden, die ihre nun gewonnene „Macht“ an ihren politischen Gegnern austoben konnten. Eine der Stätten ihres hemmungslosen Terrors gegen Andersdenkende war in Karow das Lokal „Maye“. Frau Anni Vogt, parteilos, aber mit antifaschistischer Gesinnung, berichtete, dass SA-Männer in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 – es war die Nacht des Reichstagsbrandes, um 24.00 Uhr ihre Karower Wohnung durchsuchten. Sie und andere, Kommunisten und Sozialdemokraten, wurden zunächst in das SA-Lokal „Maye“ und von dort in die SA-Kaserne in der Hedemannstraße transportiert. Sie erzählte, dass der Umgang der SA mit den Verhafteten Frauen äußerst gemein gewesen sei. „Männer und Frauen wurden mit Ochsenziemern geschlagen, die Wände waren blutbespritzt.“ Rudi Politz schlugen die tobenden SA-Banden so viehisch, dass er einen Lungenschaden erlitt. Unter den verhafteten Antifaschisten sah Anni Vogt dort auch Fritz Pfeiffer, Ise Liebmann, Willi Haase, Kurt Millert und weitere Karower. Neben den Berliner Hauptquartieren der SA und der SS sollen an die 50 Sturmlokale der SA aus dem Boden gestampft worden sein, die zu Folterstätten an Männern und Frauen der Berliner Arbeiterbewegung sowie an jüdischen Mitbürgern und bekennenden Demokraten wurden.

Trotz des brutalen braunen Terrors gaben bei den anstehenden Wahlen im März 1933 zum Deutschen Reichstag, zum Preußischen Landtag, zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin und zur Bezirksverordnetenversammlung von Pankow nach wie vor viele Karower Bürger den Sozialdemokraten und den Kommunisten ihre Stimme. Eine spezielle Statistik für Karow gibt es nicht, der Ortsteil gehörte zum Stadtbezirk Pankow.

(Nach: W. Klews, Kämpfer und Sieger)

Ergebnisse zu den Wahlen im März 1933 in Gesamtberlin und im Stadtbezirk Pankow, zu dem der Ortsteil Karow gehörte.

5. März 1933 – Deutscher Reichstag:

Berlin -NSDAP 34,6 %;SPD 21,7;KPD 24,5;Kampffront 11,0;Zentrum 5,0;DVP 0,9;DSP 1,8
Pankow- 38,4 %; 21,5; 22,9; * 10,9; 3,9; ** 0,9; *** 1,5

5. März 1933 – Preußischer Landtag:

Berlin -NSDAP 34,2 %;SPD 21,2;KPD 24,3;Kampffront 10,7;Zentrum 4,8;DVP 1,3;DSP 1,8
Pankow- 38,0 %; 20,8; 22,1; 10,7; 3,8; 1,5 1,5

12. März 1933 – Stadtverordnetenversammlung Berlin:

Berlin -NSDAP 38,3 %;SPD 22,0;KPD 19,5;Kampffront 12,1;Zentrum 4,7;DVP 0,7;DSP 2,0
Pankow- 42,8 %; 21,0; 16,9; 12,3; 3,7; 0,7; 1,7

12. März 1933 – Bezirksverordnetenversammlung Pankow:

Berlin -NSDAP 38,2 %;SPD 22,0;KPD 19,5;Kampffront 12,1;Zentrum 4,7;DVP 0,7;DSP 2,0
Pankow- 42,7 %; 21,0; 16,9; 12,3; 3,8; 0,7; 1,6

*Kampffront Schwarz-Weiß-Rot ** Deutsche Volkspartei *** Deutsche Staatspartei

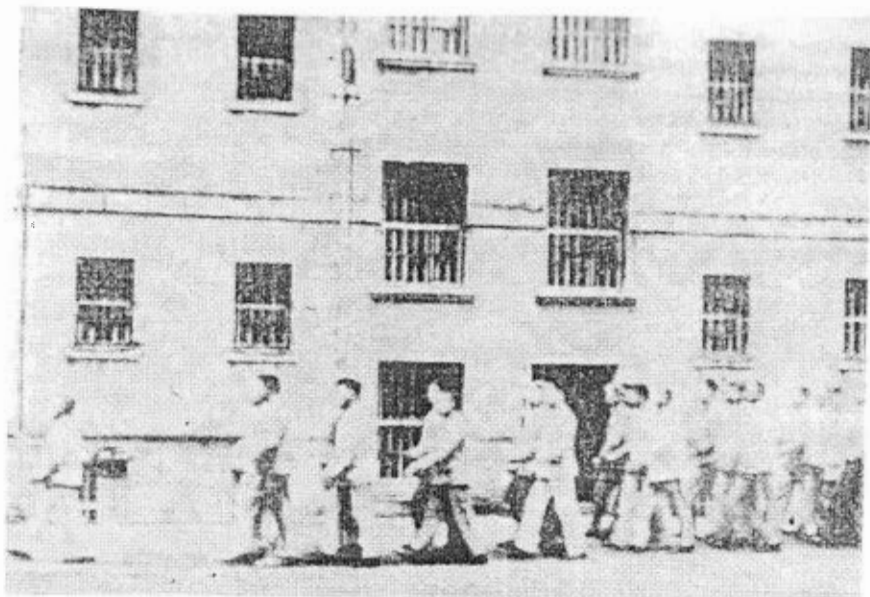
Widerstand hinter Kerkermauern und Stacheldraht

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident von Hindenburg den Faschistenführer Adolf Hitler zum neuen Reichskanzler ernannte, appellierte das Zentralkomitee der KPD zum wiederholten Male an die Vorstände und Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften, den Machtantritt des Faschismus mit einem Generalstreik zu beantworten. Die Kommunisten charakterisierten das „neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur als die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, an die deutsche Arbeiterklasse! ... Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste des Rechts der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.“ Doch die KPD war allein zu schwach, den Wunsch nach Generalstreik in die Tat umzusetzen. SPD und Gewerkschaften lehnten ab.

In den späten Abendstunden des 27. Februar 1933 inszenierten die Nazis den Reichstagsbrand. Sie bezichtigten die Kommunisten der Brandstiftung. Diese ungeheuerliche Lüge diente ihnen als Vorwand für eine bis dahin beispiellose Hatz auf Kommunisten und andere politische Gegner des Naziregimes. Ottomar Geschke, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, wurde am nächsten Tag beim Verlassen seiner Wohnung in der Dunckerstraße 40a im Prenzlauer Berg auf offener Straße von SA-Hilfspolizisten verhaftet. Zunächst schleppten sie ihn in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, dann in das Zuchthaus nach Spandau. Er wurde geschlagen und gefoltert, um aus ihm „Geständnisse“ herauszupressen. Sie hatten einen der führenden den Kommunisten in ihren Fängen. Jedoch vergebens. Am 6. April 1933 wurde er mit weiteren prominenten Kommunisten und bekannten bürgerlichen Demokraten, die bislang in verschiedenen Berliner Zuchthäusern und Gefängnissen gefangen gehalten waren, nach dem Schlesischen Bahnhof gebracht. Dort stand ein normaler Peronenzug bereit, an dem ein vergitterter Gefangenenwaggon angehängt war. Der Zug fuhr Richtung Osten.

Sonnenburg in der Provinz Brandenburg war bis 1931 schon einmal ein preußisches Zuchthaus gewesen. Wegen der völlig unzulänglichen hygienischen Verhältnisse stand es seitdem leer. Da die Zahl der verhafteten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten seit Ende Januar 1933 immer mehr anwuchs, hatte sich das Berliner Polizeipräsidium nach zusätzlichen Möglichkeiten für die Unterbringung der Gefangenen umgesehen. Die Wahl fiel auf das leerstehende Zuchthaus Sonnenburg. Bald waren 414 „Schutzhäftlinge“, wie die Nazis ihre Gefangenen nannten, ohne Rechtsbeistand und Anklageschrift in diesem Konzentrationslager eingekerkert.

Als Hilfspolizisten waren Berliner SA-Männer vom berüchtigten Horst-Wessel-Sturm und vom SA-Sturm-Nr.33 eingesetzt. Sie unterstanden dem Kommando eines Polizeinspektors. Die SA-Männer tobten an ihren politischen Gefangenen brutal ihren Blutrausch aus. Die Quälereien und Mißhandlungen steigerten sich bis zum Zwang, ein eigenes Grab zu schaufeln.



O Geschke im KZ Lichtenburg (Kolonnenführer)

Polizeistandort 1941/1942

Kolonne-Buchenwald, am 18.7.1944

Es wird gebeten, nachstehende Häftlinge am 18.7.44, um 12.45 Uhr für die
Polizeistation-1941, unverzüglich vorzubringen.

Ottomar	Geschke	14.11.42	Pol. Bef. Thalling	K. 17
Ignatz	Blotz	1.4.39	Pol. Bef. Stübner	13
Anton	Stöck	24.9.37	Buchverwaltungsamt, Buchenwald	
Emil	Stöck	11.4.33	Gen. Bef. Dröppel	11

apitz

Stöck

Überführung Geschkes ins Polizeigefängnis Köslin

das Außenkommando und c) über die Kompanien, die innerhalb des Lagers arbeiten. Auch in der „Lichte“ wurden politische Schulungen an den arbeitsfreien Sonntagen organisiert; getamt als „Geburtsfeier“ oder als Kartenspiel. Dank der Solidarität gelang es den Faschisten nicht, den Widerstandswillen der Eingekerkerten zu brechen. Unter den äußerst schwierigen Bedingungen der Haft und des ständigen brutalen Terrors konnte auch in der Lichtenburg gegenseitig moralische Hilfe gegeben, der Kampf um „bessere“ Haftbedingungen geführt, die Flucht von Häftlingen vorbereitet, Verbindungen zur Außenwelt hergestellt, Informationen beschafft und weitergeleitet und Spitzel und Provokateure unter den kriminellen Häftlingen entlarvt werden.

Am 6. August 1937 wurde Ottomar Geschke mit weiteren 624 Arrestanten auf Transport nach Buchenwald geschickt. Dieses Konzentrationslager auf dem Ettersberg bei Weimar existierte erst wenige Wochen und war noch im Aufbau, rings um die Goethe-Eiche. Geschke mußte das neue, größere Lager mit aufbauen. Buchenwald sollte eines der gigantischsten Konzentrationslager im faschistischen Deutschland werden, schon vorbereitet auf einen kommenden Krieg. Von den insgesamt weit über 200.000 Inhaftierten wurden bis zum April 1945 über 55.000 in dieser Mörderhölle hinter dem elektrischen Stacheldraht umgebracht.

Die aus der „Lichte“ funktionierende illegale KP-Leitung nahm auch in Buchenwald sofort ihre konspirative Arbeit auf. Die dringendste Aufgabe war es, die wichtigsten Lagerfunktionen mit zuverlässigen politischen Gefangenen zu besetzen. Mit viel List und unter geschicktem Ausnutzen von Uneinigkeiten unter den KZ-Aufsehern glückte diese Aktion. Jahrzehnte später wurde vergeblich versucht, die Rolle der „Roten Kapos“ zu verleumdern und sie zu „willigen Gesellen“ der SS abzustempeln. Dabei ging es darum, die „Grünen“, von der SS eingesetzte Berufsverbrecher, von ihren Posten im Lager zu verdrängen.

Ottomar Geschke war für die SS im KZ Buchenwald ein „prominenter“ Häftling. Sein Name stand auf der „Prominentenliste“, ebenso die von weiteren ehemaligen Funktionsträgern und Reichstags- und Landtagsabgeordneten der KPD, nur wußte die SS nicht, dass sie damit auch die wichtigsten Köpfe der illegalen Parteileitung der Kommunisten im Lager erfaßt hatte.

Geschke war später mit Theodor Neubauer und Walter Stoecker im Block 38 untergebracht. Von ihrem Mithäftling Bruno Apitz, der Jahre nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager sein weltberühmtes Buch „Nackt unter Wölfen“ schrieb – und das von der DEFA verfilmt wurde –, wissen wir, wie diese „Unterkunft“ ausgesehen hat: „Block 38 war eines der einstöckigen Steingebäude, die nach Jahren im Anschluß an die ersten Holzbaracken errichtet worden waren. Er umfaßte, wie die übrigen Steinblocks, vier Aufenthaltsräume mit anschließendem Schlafsaal.“ Als Walter Stoecker am 10. März 1939 infolge der jahrelangen Entbehrungen im Konzentrationslager starb, fand im Lager im kleinen Kreis eine illegale Gedenkstunde statt, in der Ottomar Geschke dessen Leben und Wirken als kommunistischer Arbeiterfunktionär würdigte.

Am 18. Juli 1940 hieß es im SS-Rapport, Ottomar Geschke sei am nächsten Tag um 13.45 Uhr der Politischen Abteilung des KZ Buchenwald vorzuführen. Er wurde in das Polizei-Gefängnis nach Köslin in Pommern überführt. Die Gestapo-Dienststelle Köslin zwangsverpflichtete ihn bei einer Landmaschinenfabrik als Schlosser. Täglich wurde er von Gestapo-Beamten kontrolliert. Dennoch war diese „Freiheit“ noch immer besser als eingekerkert oder hinter Stacheldraht zu sein. Trotz seiner strengen Überwachung nutzte er jede Möglichkeit, um Kontakte zu den illegal kämpfenden Kommunisten aufzunehmen. Von Köslin wurde er dreimal in die Gestapo-Zentrale nach Berlin zur Vernehmung geholt. Auch bei einem Kurzurlaub zu seinen Berliner Verwandten wurde er festgenommen. Die Gestapo beabsichtigte, ihn physisch zu vernichten. Sie setzte ihn in Stettin bei einem Bombenräumkommando ein. Dieses „Himmelfahrtskommando“ mußte Blindgänger wegräumen, die anglo-amerikanische Flugzeuge bei ihren Bombenangriffen abgeworfen hatten.

Ottomar Geschke blieb moralisch ungebrochen. Von Köslin aus schrieb er am 23. März 1941 seiner Nichte zum Schulabschluß einen lieben Brief: „Wäre ich am 29. März bei Euch, in Deinem Elternhaus, so würde ich Dir eine kurze Rede halten: Ein Festtag für Dich, Helga, ist dieser Tag, an dem Du die Kindheit verläßt, an dem Du Lebens-Lehrling wirst. Ein Freudentag ist's, denn glücklich ist ein Lebensabschnitt beendet, ein neuer, mit vielen Hoffnungen und Erwartungen begrüßter, beginnt. ... Helga, geh' keinem aus dem Wege, gehe aber immer Deinen Weg gerad' und aufrecht, stolz! Das wird Kampf geben. Aber – Helga – Mensch werden wollen, ein vollgütiger Mensch, das heißt Kämpfer werden, Kämpfer sein. Das wird schwer, sehr schwer, da wird's bittere Lehren geben. ... Der Frühling des Lebens ist Dein! Zum Frühling gehören auch die Märzstürme, die Aprilschauer, dann erst kommen die Maienlüfte und –düfte – da singt's und klingt's allüberall! Oh Welt, Du bist so wunderschön! Geh' grad' und aufrecht durch Lebensstürme und –gewitter. Dein ist die Liebe. Jugend, Schönheit, Dein ist das Leben!“

Ottomar Geschke verstand es, auch in seiner eigenen mißlichen Lage jungen Menschen mitten im Krieg Mut zum Leben zuzusprechen. Für ihn war die Tortur noch nicht beendet. Am 22. August 1944 begannen die Faschisten angesichts der nahenden militärischen Niederlage, schlagartig neue Massenverhaftungen durchzuführen. Sie nannten dies „Gitter-Aktion“. Nach der Zerschlagung der großen Widerstandsgruppen in Deutschland, dem gescheiterten Attentat der Militärs auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden Tausende ehemalige Arbeiterfunktionäre, Abgeordnete und Persönlichkeiten bürgerlicher Parteien der Weimarer Republik von der Gestapo verhaftet und in die Zuchthäuser und Konzentrationslager eingesperrt.

Zu den erneut Verhafteten gehörte auch Geschke. Er wurde in das schon seit 1936 bestehende Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin eingeliefert. Im Spätsommer 1944 war das Lager total überfüllt, 58.000 Häftlinge befanden sich im Männerlager, 15.000 im Frauenlager und im Kinderblock. Geschke fand auch hier schnell Kontakt zu den kommunistischen Mitgefangenen. Mit seinen Erfahrungen in der konspirativen Arbeit im Konzentrationslager und im Widerstand draußen gehörte er bald

zum illegalen Lageraktiv der KPD. Er selbst sagte nach der Befreiung in einem Rundfunkinterview über seine Haft im KZ-Lager Sachsenhausen: „Wir wurden hart und härter in all dem Dulden und Leiden und organisierten den Widerstand. Lebensgefährliche konspirative Arbeit kostete Opfer. Verräter rissen wieder neue Lücken in unsere Reihen. Ernst Schneller zählte mit zu diesen Opfern. In vierzehn Tagen gingen 15.000 russische Kameraden, russische Gefangene durch die Öfen der Krematorien. Wir bildeten über parteipolitische oder konfessionelle, über Rassen- und Klassengegensätze hinweg die Einheitsfront gegen einen Feind, den Faschismus. Sagt nicht, das war Haß, der Euch einte. Nein, es war die politische Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, wenn wir Sieger bleiben wollten.“

Am 20. April 1945, vier Tage nach dem Beginn der letzten entscheidenden Berlin-Offensive der Roten Armee und an dem Tage, an dem die sowjetischen Truppen bereits Bernau, Strausberg und Fürstenwalde an der Spree erreichten, schien den Häftlingen von Sachsenhausen die Stunde der Befreiung nahe. Aber die Faschisten wollten die Zeugen ihrer Verbrechen vernichten. Die Häftlinge sollten kolonnenweise zur Ostsee evakuiert und dort auf Schiffe verladen werden, die sie im Meer versenken wollten. Die illegale Häftlingsleitung traf Vorbereitungen, um auf diesen „Todesmärschen“ möglichst viele Häftlingen dem Tode zu entreißen.

Für die Kolonne mit Ottomar Geschke begann der Marsch am 21. April. Die Route führte tagelang über Löwenberg, Rheinsberg und Lindow nach Flecken Zechlin. Hier konnten Häftlinge mit Hilfe des dortigen Gendarmeriewachtmeisters und dessen Frau die SS-Wachmannschaften entwaffnen und Verbindung zur Roten Armee aufnehmen. Ottomar Geschke und seinen Mitgefangenen war ein zweites Leben wiedergegeben. Er sagte später: „Es war mein schönster 1. Mai!“ Eine feralisch grausame Zeit hatte ihr Ende gefunden.

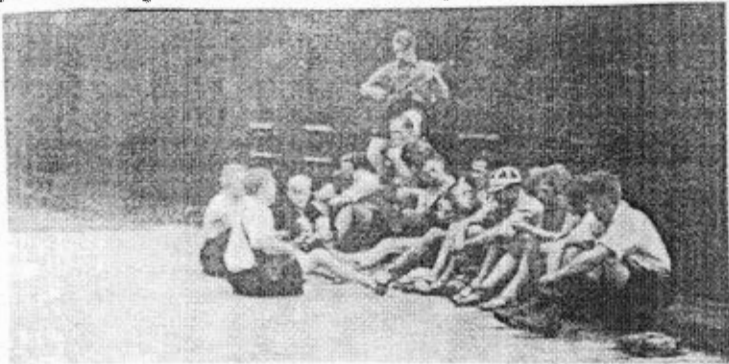
Ottomar Geschke, der zwölf Jahre unerschrocken den Kampf gegen den ärgsten Feind des deutschen Volkes, den Faschismus, trotz Folterungen und Qualen ungebrochen geführt hatte, resümierte hoffnungsvoll zurückblickend: „Dieses im KZ geborene und geschlossene Kampfbündnis – es gab uns die Lehre unseres jetzt neu beginnenden Lebens: die eiserne kämpfende Phalanx aller Antifaschisten gegen die letzten Reste der faschistischen Ideologie – für ein neues, wirklich demokratisches Deutschland. Von der Selbstbesinnung zur schonungslosen Selbstkritik, zur politischen Erkenntnis schreitend, wird die bewältigende Arbeit uns wieder würdig werden lassen, allen Völkern der Erde. Das wird der schönste und echtste Dank gegenüber allen Völkern, deren Söhne sich mit ihrem Leben für das einsetzten, was wir als deutsches Volk nicht schafften, für die Zerschlagung des Faschismus.“

Für eine antifaschistische Einheitsfront

Im September 1931 waren Mitglieder und Funktionäre aus der SPD ausgeschlossen worden, weil sie die Kompromißpolitik ihrer Parteiführung abgelehnt hatten. Aber ebenso waren sie gegen die „Sozialfaschismusthese“ der Kommunisten, von denen sie deshalb wiederum zu Antikommunisten abgestempelt wurden. Im Oktober 1931 gründeten sie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die in Berlin etwa 1.300 Anhänger hatte, zumeist junge Leute. Sie traten nach der Errichtung der faschistischen Diktatur für eine Einheitsfront aller Hitlergegner ein und beteiligten sich aktiv am antifaschistischen Widerstand.

Der Schlosser Erich Domke aus Pankow leitete den Unterbezirk Nord der SAP. Es gab enge Kontakte zu Gleichgesinnten in den Stadtbezirken Wedding, Mitte, Prenzlauer Berg und Reinickendorf. Vertrieben wurde die Untergrundschrift „Das Banner der revolutionären Einheit“. Für die illegale Arbeit waren Fünfergruppen ausgewählt worden. Ihre Mitglieder bekamen Decknamen. Dadurch fühlte man sich vor dem Aufspüren durch die Geheime Staatspolizei sicherer.

Zu diesen „Illegalen“ gehörte auch Hans Thurack aus Karow. Er stellte sein Haus in der Straße 48 für geheime Treffs der Pankower Gruppe zur Verfügung. Hier tauschten sie ihre Meinungen über die Fortführung des Widerstandes aus. Zu ihren politischen Schulungen kam der Lehrer Hermann Schulz aus Reinickendorf, der in der Wohnung von Hans Thurack referierte. Sie unternahmen auch gemeinsame Wanderungen in die nähere Umgebung Berlins, um abgeschirmt in den Rastpausen über politische Tagesfragen diskutieren zu können. Als Erich Domke 1934 von der Gestapo verhaftet wurde, stieß Hans Thurack mit den anderen nicht verhafteten Pankowern zum Reinickendorfer SAP-Kreis um Heinrich Schulz, mit denen sie die illegale Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung fortsetzten.



Wandergruppe der SAP (H Thurack mit Gitarre)

(Nach: H.-R. Sandvoß, Widerstand in Pankow und Reinickendorf)

„Versetzt ihm eins!“

Aus der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes sind bisher vielfältige Methoden des illegalen Kampfes gegen den verbrecherischen Hitlerfaschismus und gegen den imperialistischen Krieg bekannt geworden. Die überlieferten Zeugnisse sind wertvolle Dokumente der Forschung, Bildung und Wissensvermittlung. Eine bisher weniger bekannte Form und Methode des antifaschistischen Widerstandes sind die von Hitlergegnern geprägten Agitationsmedaillen. Aus dem deutschen Widerstand sind uns vier verschiedene derartige Medaillen überliefert, von denen drei in Berlin bekannt geworden sind.

Es war im Sommer des Jahres 1935, zweieinhalb Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur. Im Berliner Norden suchte die Gestapo nach einem unscheinbaren Blättchen aus Aluminium. Eine kleine Medaille, 23 mm im Durchmesser. Sie brachte die Zentrale der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße in helle Aufregung. Das kleine Ding rief die werktätigen Menschen im faschistischen Deutschland zu gemeinsamen Aktionen gegen die braune Diktatur der Konzern- und Finanzbosse auf.

Was gab es denn so aufregendes auf dieser Medaille zu sehen? Auf ihrer Vorderseite zertritt ein Arbeiterstiefel das faschistische Hakenkreuz. Darüber ist im Halbrund die Aufschrift zu lesen: „Versetzt ihm eins!“ Die Rückseite trägt den für die Nazis schon ungeheuerlich anmutenden Text: „Hitler, Euren größten Feind, schlägt Ihr, wenn Ihr Euch vereint!“ Darunter befindet sich ein fünfzackiger Stern mit Hammer und Sichel, das Emblem der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands.

Diese kleine Medaille war für die Berliner Kommunisten ein Mittel der antifaschistischen Agitation. Der Dreher und Gürtler Alfred Baier (1905-1982) aus Berlin-Blankenburg, der als Kurier der illegalen Unterbezirksleitung der KPD Pankow und als Politischer Leiter für das Gebiet Blankenburg – Karow – Buch illegale Arbeit leistete, hatte die Medaille gemeinsam mit anderen Kampfgefährten hergestellt. Der Plan dazu war in Zusammenarbeit der beiden illegalen Unterbezirksleitungen von Pankow und Prenzlauer Berg entstanden. Alfred Kauf, Mitglied der illegalen Unterbezirksleitung Prenzlauer Berg, besorgte mit Alfred Baier für billiges Geld am Alexanderplatz dünne Aluminiumplatten, die sich für das abenteuerliche Vorhaben eigneten. Der in Karow wohnende Graveurmeister Heinrich Harwardt, der sich mit den kommunistischen Ideen verbunden fühlte, konnte für den künstlerischen Entwurf der Medaille gewonnen werden. In einer Dreherei in der Krautstraße, nahe dem Stadtzentrum, wurden die Prägwerkzeuge hergestellt. Heinrich Harwardt (1989 +) gravierte nach seiner Vorlage den Prägestempel.

Nun stand einer illegalen „Produktion“ nichts mehr im Wege. Jeder wußte um die große Gefahr ihres Vorhabens. Ein weiteres Mitglied der geheimen Gruppe hatte in der Blankenburger Triftstraße eine kleine Vogelbauer-Werkstatt. Hier wurde aus



Agitationsmedaille 1935, von H Harwardt entworfen

den von Alfred Baier in seiner Wohnung in der Parkstraße 20 zugeschnittenen Aluminiumstreifen auf einer Presse nachts Medaille um Medaille gestanzt – insgesamt 5.000 Stück. Ein riskantes Unternehmen, da die Prägung fast lautlos geschehen mußte. In einem Rucksack schaffte Alfred Baier die herausgestanzten Stücke in seine Wohnung zurück, wo sie mit Hilfe seiner Frau und seinen Schwiegereltern entgratet wurden.

Im Frühjahr 1935 war es dann soweit. Über Alfred Kauff und Willi Ziegler wurden die antifaschistischen „Kleinode“ an die illegalen Gruppen im Berliner Norden verteilt und vertrieben; bei Kampfgefährten, Gleichgesinnten und guten Freunden für 20 Pfennig das Stück. Eine Medaille, das waren nicht allein die kleinen „Mutmacher“ gegen die Nazidiktatur, sondern das waren zugleich zwei Solidaritätsgroschen für die „Rote Hilfe“, jene proletarische Hilfsorganisation, die Angehörige der von den Faschisten ermordeten und eingekerkerten Antifaschisten materiell unterstützte. Diese kleinen „Groschenstücke“ fanden sich aber auch in den Geldrückgabeschlitzen von öffentlichen Telefonzellen und Zigaretten- und Süßwarenautomaten wieder. Sogar außerhalb Berlins tauchten sie auf.

Lange Zeit gelang es der Gestapo nicht, die Initiatoren dieser antifaschistischen Solidaritätsaktion ausfindig zu machen. Doch mit Hilfe eines gekauften Spitzels wurde es ihr möglich, Alfred Baier im Februar 1936 aufzuspüren und zu verhaften. Die Faschisten zerrten ihn vor Gericht. Standhaft widerstand er den Folterungen und Verhören. Er verriet keinen seiner Mitstreiter. Die faschistische Justiz verurteilte ihn ein Jahr später wegen „Landesverrat“ zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und verbrachte ihn in das berühmte Zuchthaus Brandenburg-Görden. Die Staatsanwalt hatte in den kleinen Medaillen ein „staatsgefährdendes Propagandamittel“ gesehen, das dauerhaft und leicht zu verbergen gewesen und in „breite unterirdische Kanäle“ gelangt sei. Aber dieses „Groschenstück“ gönnte der Gestapo keine Ruhepause. Die Gestapo-Leitstelle Berlin meldete am 12. Januar 1937, in der Greifswalder Straße sei wieder eine solche „Hetzmedaille“ gefunden worden. Und aus dem fernen Hildesheim kam am 8. November 1937 die Nachricht, ein derartiges Stück sei sogar in einer Sammelbüchse des „Winterhilfswerks“ geworfen worden. Inzwischen hatte auch eine Widerstandsgruppe in Hohenschönhausen, angeregt durch die Blankenburger und Karower eine weitere antifaschistische Agitationsmedaille geprägt und unter den Arbeitern der Lichtenberger Metallbetriebe verteilt.

Alfred Baier und Heinrich Harwardt konnten nach der Befreiung vom Faschismus dem damaligen Museum für Deutsche Geschichte in der Straße Unter den Linden einige der von ihnen hergestellten und über die Jahre der faschistischen Diktatur hinweg geretteten Medaillen übergeben. Diese Kleinode der Geschichte konnten als wichtige dokumentarische Zeugen des antifaschistischen Widerstandes in der ständigen Ausstellung des Museum betrachtet werden - bis nach der „Wende“ 1991 die Ausstellung unter der Regie eines „reinen Demokraten“, von Bundeskanzler Kohl zum neuen Direktor ernannt, abgebaut und die Medaillen ins Depot verschwanden.

(Nach: H. Maur: Antifaschistische Agitationsmedaillen in Berlin; H. Maur: Antifaschistische Agitation auf Medaillen; H.-R. Sandvoß: Widerstand in Pankow und Reinickendorf)

Max Sellheim – Kommunalpolitiker und Betriebsrat bei Siemens

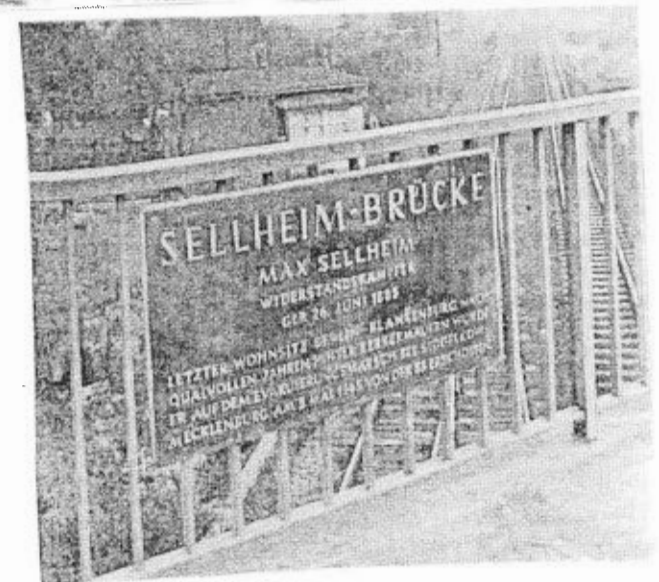
In den Apriltagen des Jahres 1945 trieben SS-Schergen Kolonnen von ausgemergelten Häftlingen aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen über die märkischen Landstraßen in Richtung Nordwesten. Über 30.000 mußten ihren „Todesmarsch“ antreten. Nicht alle überlebten ihn, entkräftet, zermürbt nach jahrelanger unmenschlicher Haft hinter dem elektrischen Stacheldraht. Wer nicht weiterkam, wurde von der SS kurzerhand erschlagen, erschossen. In den Dörfern und Städten entlang der grausamen Wegstrecke mahnen heute noch Grab- und Gedenkstätten an die faschistischen Mordtaten. Einer der zumeist ungenannt gebliebenen Opfer ist Max Sellheim. Noch angesichts der nahenden Befreiung durch die Rote Armee und des fast befreiten Aufatmens wurde er bei Siggelkow in Mecklenburg von den mordenden SS erschossen.

Die Stadtbrücke, die Karow und Blankenburg über den nördlichen Berliner Eisenbahnring verbindet, trägt seinen Namen. Die „Sellheimbrücke“ ist stadtbekannt. Aber Sellheim? Wer oder was war das, wird sich mancher fragen. In der Mitte der Brücke, auf Karower Ortsseite, ist eine Gedenktafel angebracht, die an den von den Nazis ermordeten Antifaschisten Max Sellheim erinnert und eine erste Information über ihn gibt. Hier einiges mehr über diesen Mann.

Max Sellheim, geboren am 26. Juni 1883 in Berlin, war Maler und Steindrucker von Beruf. Zuletzt wohnte er in Blankenburg, Mittelstraße 45. Er war 1910 Mitglied der SPD geworden. Nach der Novemberrevolution von 1918 fühlte er sich von der Politik der sozialdemokratischen Führungsspitze enttäuscht. Er trat 1919 zu den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) über. Ein Jahr später wurde er in die Bezirksverordnetenversammlung in Kreuzberg gewählt. Auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und USPD 1920 stimmte er als USPD-Delegierter für den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien. Für die Zeit von 1923 bis 1929 war als Abgeordneter in die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin gewählt worden, von 1924 bis 1928 sogar in den Preußischen Landtag. Zu den Stadtverordnetenwahlen im Oktober 1925 konnte eine linke Mehrheit von KPD (43 Abgeordnete), SPD (73) und Rest-USPD (1) erreicht werden. Die Sitzungsprotokolle der Parlamente weisen Max Sellheim als einen konsequenten Verfechter von Arbeiterinteressen aus. Er brandmarkte die Politik der Herrschenden, die zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und einer Verelendung der sozial Schwachen geführt hatte, forderte gesicherte Löhne und trat gegen die Verteuerung der Gas-, Wasser- und Strompreise auf. Am Hauptportal des Berliner Roten Rathauses sind auf einer Erinnerungstafel die Namen der von den Faschisten verfolgten, vertriebenen und ermordeten Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu lesen, unter ihnen ist auch der Name von Max Sellheim zu finden.



Max Sellheim
(1883-1945)



Sellheim war unter der Arbeiterschaft auch ein bekannter Funktionär seiner Partei. Er gehörte dem Sekretariat der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an. Auf dem KPD-Bezirksparteitag im Oktober 1925 trat er für eine kontinuierliche Basisarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ein. 1930 gehörte er zu den leitenden Funktionären des neugeschaffenen KPD-Unterbezirks Nordost, dem die Parteiorganisationen von Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee und Röntgenthal unterstellt waren – und somit auch Karow. Ihm oblag es zu prüfen, wo sich zur Abwehr des zunehmenden faschistischen Terrors parteiübergreifende „Kampfausschüsse gegen Faschismus“ bilden ließen. Als Betriebsrat bei der Siemens AG hatte er dazu gute Kenntnisse erwerben können. In politischen Gesprächen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern suchte er ein gemeinsames Vorgehen gegen den Terror der SA zu erreichen. Eine Zusammenarbeit der Arbeiterparteien und ihren Organisationen war eine bittere Notwendigkeit geworden, sollte die akut drohende Gefahr abgewendet werden. Hier und da kam dank seiner Bemühungen ein gemeinsames Vorgehen zustande, konnten Versammlungen gegenseitig vor den SA-Schlägertrupps gesichert werden, was letztlich jedoch nicht ausreichend genug war.

Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, begann für Max Sellheim die illegale Tätigkeit. Er beteiligte sich am Aufbau einer illegal wirkenden Leitung der Roten Hilfe und war für den Agit-Prop-Bereich zuständig. Drei- bis viermal erschien die Zeitung „Bruderhand“ in einer Auflagenhöhe von 400 bis 500 Exemplaren. In einem der Hefte begründete er, wie dringend erforderlich eine breite Volksfront aller Nazigegner sei. Ausgaben dieser Zeitung wurden auch in Karow an die dortigen Sympathisanten der Roten Hilfe verkauft. Ilse Lehmann war hier seit 1931 Kassiererin dieser Arbeiterhilfsorganisation. Trotz vieler Verhaftungen sammelte sie in all den Jahren wagemutig die Mitgliedsbeiträge und Spenden ein. Sie lieferte 1936 ihren letzten Kassenbestand von 165 Reichsmark an die Berliner Leitung der Roten Hilfe ab. Das half. Damit konnten Familien notdürftig unterstützt werden, deren Angehörige bereits von den Faschisten eingekerkert worden waren. Zwischen der Roten Hilfe und der illegalen Berliner SPD-Bezirksleitung kam es im Sommer 1935 zu geheimen Übereinkünften über ein gegenseitiges Hilfsprogramm. Es konnten Informationen ausgetauscht und Unterstützungsgelder auch an die SPD weitergegeben werden.

Im April 1936 gelang es der Geheimen Staatspolizei, Max Sellheim und weitere seiner Mitkämpfer zu verhaften. Schon seit 1935 war es der Gestapo gelungen, eine umfangreiche Verhaftungswelle gegen die Rote-Hilfe-Organisation einzuleiten. Max Sellheim war dreieinhalb Monate in den Klauen der Gestapo in deren Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße, bis er in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert wurde. In einem Hauptverfahren „RHD“ vor dem faschistischen „Volksgesichtshof“ wurde er erst am 2. November 1937 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haft-

anstalten von Brandenburg-Görden, Dessau-Roßlau und Zweibrücken waren seine Leidenstationen. Nach Ablauf der Kerkerzeit erhielt er jedoch seine Freiheit nicht zurück. Den Nazis erschien er nach wie vor als „gemeingefährlich“. Sie schleppten ihn in das berüchtigte Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin. Auf dem Evakuierungsmarsch aus dieser Marterhöhle im April 1945 wurde er von der SS-Wachmannschaft erschossen. Die nahende Freiheit erlebt er nicht mehr.

Eine weitere Erinnerungstafel für ihn war auch in der Gemroder Straße in Blankenburg angebracht. Hier befand sich zu DDR-Zeiten ein Jugendklub mit dem Namen „Max Sellheim“.

(Nach: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2, H.-R. Sandvoß, Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee, H. Maur, Mahn-, Gedenk- und Erinnerungstafeln der Arbeiterbewegung in Berlin-Pankow)



Gemeinsamer Appell von SPD und Rote Hilfe, 1935

Helfer im Widerstand

Heinrich Harwardt war in Karow zu Hause. Er wohnte in der Straße 70. Von Beruf war er Graveurmeister und ein wahrer Meister seiner Zunft.

Vor Beginn der faschistischen Diktatur war er als ein entschiedener Gegner der den Menschen verachtenden Ideologie der Nazis Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands und des Kampfbundes gegen Faschismus gewesen. Beide Organisationen waren kommunistisch orientiert. Die RHD unterstützte die politischen Gefangenen aus der Arbeiterbewegung und deren Angehörige mit Rechtsbeistand, Geld- und Sachspenden. Sie war schon im Jahre 1924 ins Leben gerufen worden und fand die Unterstützung von Künstlern und Wissenschaftlern, wie neben anderen auch von Käthe Kollwitz, Heinrich und Thomas Mann, Kurt Tucholski, Heinrich Zille und Arnold Zweig. Die Rote Hilfe hatte in Karow eine recht starke Gruppe, die bis 1936 im Untergrund wirken konnte.

Schon 1932 war der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) an Heinrich Harwardt herangetreten, den künstlerischen Entwurf für eine antifaschistische Agitationsmedaille anzufertigen. Er sagte zu. Aber wie sollte sie aussehen? Der ISK war eine Splittergruppe in der deutschen Arbeiterbewegung. Er hatte nur wenige hundert Mitglieder. Zumeist waren es Angestellte, Lehrer, Intellektuelle, kaum Arbeiter. Dieser Kampfbund setzte sich aber für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte gegen die drohende faschistische Gefahr ein. Seine Gruppen und Mitglieder unterstützten trotz Meinungsverschiedenheiten die Einheitsfrontpolitik der KPD. -

Die von Heinrich Harwardt vorgelegte Skizze für eine Medaille fand Anklang. Er hatte eine Agitationsmedaille entworfen, die voll dem antifaschistischen Anliegen entsprach. Auf ihrer Vorderseite zeigte sie, wie eine Arbeiterfaust das verhaßte faschistische Symbol – ein Hakenkreuz – zerbricht. Dazu die Inschrift: „BRECHT DAS JOCH DER TYRANNEN“. Die Rückseite trug die Aufschrift: „WIR KÄMPFEN FÜR FREIHEIT UND RECHT UND DU?“ Geprägt wurde die Medaille mit einem Durchmesser von 28 mm in Eisen. Sie wurde sowohl für die politische Agitation, als auch für die proletarische Solidarität vertrieben (siehe Abbildung).

Während der faschistischen Herrschaft wußten die illegal wirkenden Kommunisten aus Karow und Blankenburg von der zuverlässigen politischen Einstellung Heinrich Harwardts. Sie traten deshalb im Frühsommer 1935 vorsichtig an ihn heran, ob er nicht für eine weitere Medaille einen künstlerischen Entwurf machen wolle. Das

Risiko war allerdings größer geworden als vor der faschistischen Herrschaft. Was würde geschehen, wenn durch Verrat sein Name der Gestapo genannt würde? Inhaftierung, Folter, Zuchthaus, KZ? Ebenso könnte seine berufliche Existenz auf dem Spiel stehen. Nach reiflicher Überlegung willigte er ein. Die Medaille schlug wie eine Bombe ein. Die Gestapo setzte alles in Bewegung, um ihre Hersteller zu fassen. Diesmal hatte das Kleinod eine aufrüttelnde Aussage: „VERSETZT IHM EINS!“ Nun war es ein Arbeitstiefel, der ein Hakenkreuz zertritt. Hinzu kam der Appell: „HITLER EUER GRÖSSTEN FEIND, SCHLAGT IHR, WENN IHR EUCH VEREINT“. Das war eine offene Kampfansage an das faschistische Regime. Harwardt ging der Gestapo nicht ins Netz. Die Geschichte um diese Medaille ist in dem Beitrag „Versetzt ihm eins!“ in diesem Heft geschildert worden.

Heinrich Harwardt tat sich auch als Helfer von illegal lebenden Antifaschisten hervor. So fertigte er für die Kundschaftergruppe „Klaus“ Stempel faschistischer Behörden, mit denen „gültige“ Ausweispapiere amtlich beglaubigt werden konnten. Ein derartiges Beispiel ist in dem Beitrag „Gruppe Klaus – Kundschafter im Dienst des Friedens“, ebenfalls in diesem Heft, nachzulesen.

(Nach: H. Maur: Antifaschistische Agitationsmedaillen in Berlin; H. Maur: Antifaschistische Agitation auf Medaillen)



Medaille von 1932

Verhaftet wider Willen

Die Geheime Staatspolizei verfolgte alles, was sich gegen das Naziregime aussprach. Die Meinungsfreiheit war unterdrückt. Wer es dennoch wagte sich aufzulehnen, mußte mit Verhaftung rechnen. Es gab Unzufriedenheit mit der Politik des Nazi-staates. Manch einer fühlte sich enttäuscht. Die abgegebenen Versprechungen erwiesen sich als Seifenblasen. Selbst treue Anhänger waren verbittert, wie der SA-Mann Erich Tesch aus Karow, der drei Jahre nach der Machtübernahme der Faschisten in einem Lokal äußerte: „Was hat Goebbels versprochen? Brechung der Zinsknechtschaft des Großkapitals, Verstaatlichung der Banken, Zerschlagung des Großmonopols, Aufhebung der Notverordnungen, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Beseitigung der Hungerlöhne. Wie lange wollt ihr noch an der Regierung bleiben? Es muß die längste Zeit gewesen sein!“ Er wurde wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung verhaftet. Die illegalen Zeitungen der KPD, „Die Wahrheit“ und „Der Ausweg“, berichteten über diesen Verzweiflungsausbruch eines kleinen Mannes aus dem Volke.

(Nach: W. Klawns, Kämpfer und Sieger)

Im faschistischen Kerker

Baier, August, geb. 19. Dez. 1907 in Königshütte/Kreis Beuthen; 1932/1933 arbeitslos; 1933 KPD-Mitglied; wohnhaft Wotanstraße 16; illegale Tätigkeit im KPD-Unterbezirk Pankow-Vineta; leistete illegale Kurierdienste; Dezember 1936 verhaftet, 1937 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bodin, Walter, geb. 19. Juli 1907; wohnhaft Straße 62; Mitglied der illegalen KPD-Leitung Prenzlauer Berg; bewahrte den Abziehapparat der Ortsgruppe Karow; Ende 1936 verhaftet, angeklagt wegen Vorbereitung zum „Hochverrat“, 1937 vom Kammergericht Berlin freigesprochen.

Hirschfeld, Karl; geb. 2. Februar 1893 in Berlin; Fleischer; wohnhaft Stadtrandsiedlung Haus-Nr. 92; Mitglied des ADGB und des Arbeiter-Radio-Bundes; verbreitete illegale Literatur; Juli 1934 verhaftet, in U-Haft im Gefängnis Moabit; Sept. 1934 angeklagt; im November 1934 vom Kammergericht freigesprochen

Hirschfeld, Elisabeth, geb. Herrmann; verheiratet mit Karl Hirschfeld; 1934 in U-Haft im Gefängnis Moabit.

(Aus: Widerstand in Berlin gegen das Naziregime 1933-1945)

Übermittler wichtiger Nachrichten

Herbert Volkmann, Jahrgang 1901, war Filmschaffender. Er wohnte in Karow, Straße 70. Schon in seiner Studentenzeit hatte er sich mit marxistischem Gedankengut vertraut machen können. 1929 lernte er den sieben Jahre jüngeren Walter Husemann kennen, der ein bekannter kommunistischer Jugendfunktionäre in Berlin war. Dessen Eltern wohnten in der Pankower Florastraße 26. Zwischen beiden Männern entstand ein kameradschaftliches Verhältnis. Herbert verkehrte bei der Familie von Walter Husemann, dessen Vater ebenfalls Kommunist war.

1936 wurden Vater und Sohn Husemann wegen ihrer antifaschistischen Arbeit von den Nazis verhaftet und für zwei Jahre zunächst in das Konzentrationslager Sachsenhausen und danach in das von Buchenwald bei Weimar verschleppt. Wieder entlassen, fanden Walter Husemann jun. und Herbert Volkmann wieder zueinander. Herbert hatte inzwischen Kontakt zur Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen gefunden. Wie er später erzählte, hatte Elisabeth Schumacher ihn schon 1936 für die illegale Mitarbeit gewinnen können. Sie und ihr Mann, der Bildhauer Kurt Schumacher, beide Mitglieder der Kommunistischen Partei, hatten seit den ersten Jahren der Naziherrschaft Kontakte zu Oberleutnant Harro Schulze-Boysen und dessen Ehefrau Libertas. Durch Elisabeth traf Herbert Volkmann mit Schulze-Boysen aus dem Reichsluftfahrtministerium zusammen. Schulze-Boysen war mit Dr. Arvid Harnack der führende Kopf einer weiteren großen Widerstandsorganisation in Deutschland. Die Gestapo gab ihr den Namen „Rote Kapelle“. Ihr gehörten als Nazigegner Mitarbeiter verschiedener Ministerien bis hin zum Oberkommando der Wehrmacht und der Kriegsmarine an; es waren Schriftsteller, Künstler, Diplomaten, Offiziere, Journalisten, Professoren und Ärzte. Verzweigt waren auch illegale Betriebsgruppen einbezogen. Es war ein weitgefächertes Kreis von Männern und Frauen mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen

Herbert Volkmann wurde in die illegale Arbeit direkt einbezogen. Für ihn wurde eine Arbeitsstelle im Berliner Nachrichtenbüro „United Press“ besorgt, wo er bald die Stellung des Chefs vom Dienst innehatte. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, wichtige Nachrichten an den Journalisten Wilhelm Guddorf weiterzugeben; nur an diesen, um die illegale Arbeit nicht unnötig zu gefährden. Guddorf - 1934 bereits verhaftet worden, nach Inhaftierung im Zuchthaus Luckau und im KZ Sachsenhausen 1939 entlassen - wertete das von Volkmann erhaltene Material mit für die illegale Zeitung „Die innere Front“ aus, an der auch John Sieg, Adam Kuckhoff, Walter Husemann und Harro Schulze-Boysen mitarbeiteten.

Im dritten Jahr des Krieges gab es für Herbert Voikmann eine Unterbrechung in der illegalen Arbeit. Die Kommunikation mit der Berliner Widerstandsgruppe zerriß. 1941 war er zur Luftwaffe eingezogen worden. Noch einmal konnte er sich während eines Heimaturlaubs mit Harro Schulze-Boysen treffen. Es ging um die Aufklärungsarbeit unter den Soldaten an der Front. Dazu kam es allerdings nicht mehr. Die Widerstandsorganisation fiel im Sommer und Herbst 1942 einer groß angelegten Verhaf-



Illegale Zeitung, August 1942

tungswelle durch die Geheime Staatspolizei zum Opfer. Herbert Voikmann blieb unentdeckt. Seine einstigen Mitstreiter wurden 1943 im Zuchthaus Plötzensee durch das Fallbeil hingerichtet. Von den 170 verhafteten Männern und Frauen starben 78 durch Exekutionen, an Mißhandlungen während der Verhöre durch die Gestapo oder später in Konzentrationslagern.

(Nach: H. Coppi u.a., Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus; W. Klaws, Kämpfer und Sieger)

Führend im Widerstandskreis „Europäische Union“



Robert Havemann (1910-1983)

Die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in der Achillesstraße 79 in Neu-Karow trägt den Namen „Robert Havemann“. Er war einer der führenden Köpfe einer antifaschistischen Widerstandsgruppe, die sich „Europäische Union“ nannte.

Als Student hatte sich Robert Havemann 1932 der kommunistischen Bewegung angeschlossen. Mit Beginn der faschistischen Diktatur gehörte er auch der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ an. In dieser Gruppe arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen. Sie wollten eine Wiedervereinigung der sozialistischen Arbeiterbewegung erreichen. Als die Nazis an die Macht kamen, ging es ihnen nunmehr in erster Linie um die Verbreitung der Wahrheit über die wahren Zustände im nazistischen Deutschland. 1935 wurden die Widerständler von der Gestapo aufgespürt. Zu den Ver-

hafteten zählte auch Robert Havemann. Doch er kam bald wieder in Freiheit. Er hielt sich in den folgenden Jahren von Gesinnungsgenossen fern und widmete sich seinen wissenschaftlichen Forschungen.

Erst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verständigten sich der Chemiker Dr. Robert Havemann, der Oberarzt Dr. Georg Groscurth, der Dentist Paul Rentsch und der Architekt Herbert Richter, einen Widerstandskreis gegen das Hitlerregime zu bilden. Schon 1941 gehörte dem Kreis auch der baltische Sprachwissenschaftler Wladimir Broser an, der im Oberkommando der Wehrmacht Russischunterricht gab und dort von dem geplanten Überfall auf die Sowjetunion erfahren hatte. Diese Information wurde Anfang Juni 1941 an die Sowjetische Botschaft Unter den Linden weitergegeben. Jedoch schenkte Stalin solchen Warnungen keinen Glauben, da er sie für bewußte Fehlinformationen aus Deutschland hielt.

Die Gruppe um Robert Havemann stellte sich zunächst die Aufgabe, politisch verfolgte und jüdische Mitbürger, die von den einsetzenden Deportationen in die Vernichtungslager bedroht waren, zu retten; sie illegal unterzubringen, sie mit Lebensmitteln zu versorgen und ihnen falsche Papiere zu beschaffen. Dabei kam ihnen der Zufall zu Hilfe. Die Gruppe lernte einen Kriminalbeamten aus Wilhelmshaven ken-

nen, der oft in Berlin weilte und der sich ihnen anschloß. Robert Havemann sagte später über ihn: „Dieser Mann ... war deswegen so praktisch für uns, weil ganz zu Anfang des Krieges eine englische Fliegerbombe das Einwohnermeldeamt von Wilhelmshaven zerstört hatte und alle Personalunterlagen vernichtet worden waren. Nun konnte man sehr leicht, ohne daß das kontrollierbar war, beliebige Leute in Wilhelmshavener Bürger verwandeln und ihnen entsprechende Papiere ausstellen; das machte dieser Kriminalbeamte. So bekamen viele Leute von uns durch Vermittlung dieses Mannes absolut echte Kennkarten und Personalausweise mit entsprechenden Bildern und Truppenstempeln und Fingerabdrücken, die sie als harmlose Wilhelmshavener Bürger auswiesen.“

Die militärische Niederlage Nazideutschlands war seit dem Fiasko von Stalingrad offenkundig geworden. In der Gruppe wurde diskutiert, wie sich auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Hitlerregimes einzustellen und Vorbereitungen für eine demokratische Nachkriegsordnung zu treffen seien. So kam man am 15. Juli 1943 überein die „Europäische Union“ zu gründen und konstituierte sich dabei selbst als das „Zentralkomitee“ der neuen Organisation. Die programmatischen Ideen dazu wurden hauptsächlich von Havemann und Groscurth verfaßt. Bei der Gründungsversammlung hatte Robert Havemann Grundgedanken und Zielsetzungen der „Europäischen Union“ dargelegt. Das Gründungsmanifest war die „Antwort des ZK der EU an alle Antifaschisten“. Am Anfang des Aufrufs hieß es: „Wir stehen am Vorabend des Zusammenbruchs des europäischen Faschismus, der mit brutaler Gewalt alle geistigen und revolutionären Organisationen und Bestrebungen vernichtet hat.“ Nach einer vernichtenden Kritik am Faschismus, Kapitalismus und Nationalismus wurde eine neue europäische Perspektive aufgezeigt: „Die Zukunft von morgen wird ein geeinigtes sozialistisches Europa sein. In dieser Erkenntnis haben wir – europäische Sozialisten – uns zusammengeschlossen in der Europäischen Union. Die E.U. wird die größte revolutionäre Organisation der Überlebenden des faschistischen Massenmordes Europas sein. Sie wird die Einheitsbewegung aller fortschrittlichen Kräfte gegen Faschismus und Separatismus sein. Sie ist europäisch, sozialistisch und revolutionär. Sie wird dem Faschismus den Todesstoß versetzen und Europa den Frieden bringen. Unser Ziel ist: sozialistische Wirtschaft, Freiheit des Individuums und soziale Gerechtigkeit. Diese Ziele stellen heute die unumgängliche historische Notwendigkeit dar, denn sie allein ermöglichen das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der europäischen Kultur.“ Hier lag keimhaft der Europagedanke zugrunde, eine friedliche Nachkriegsgesellschaft in gesamteuropäischen Dimensionen zu schaffen.

Zu dieser zukunftsweisenden Position war die Gruppe wohl durch ihre Kontakte mit den ausländischen Zwangsarbeitern gelangt. Mit ihnen hatte man auch über ein demokratisches Nachkriegseuropa diskutiert. Dem deutschen Widerstandskreis war es Georg Groscurth in seinem Moabiter Krankenhaus über die sowjetische Ärztin Romanowa gelungen, Beziehungen zu antifaschistischen Gruppen in Kriegsgefange-

nen- und Zwangsarbeiterlagern zu knüpfen. Schon seit 1942 gab es illegale Verbindungen zwischen französischen, sowjetischen und tschechischen Gruppen, die zu regelmäßigen Zusammenkünften führten. Diese illegalen ausländischen Antinazigruppen in den Lagern wiederum suchten die Zusammenarbeit mit deutschen Widerstandsgruppen.

So kam es im Frühjahr 1943 zu den ersten Treffen mit ausländischen Gruppen in Privatwohnungen. Es wurde versucht, mit Lebensmitteln und Medikamenten zu helfen, medizinische Hilfe zu gewähren, Informationen über vorgesehene Polizeirazzien zu übermitteln und gefährdete Personen zu warnen. Von besonderem Interesse waren bei den Zwangsarbeitern die Nachrichten über die Kriegslage in ihrer Heimat. Wie Robert Havemann später berichtete, kam es der „Europäischen Union“ darauf an, „diesen ausländischen Arbeitern alle Informationen zu verschaffen, die für sie von Wert sein konnten, um nach dem Kriege durch eine freundschaftliche Verbindung mit den ... Arbeitern in Deutschland die Grundlage zu schaffen für eine bessere europäische Zukunft.“

Die Gruppe der „Europäischen Union“ verfaßte eine Anzahl von Flugblättern. Hierzu hatte sich Robert Havemann einen Vervielfältigungsapparat von einer Firma besorgt. Die Flugblätter wurden anfänglich nur im Sympathisantenkreis verteilt. Nach dem Sturz des italienischen Diktators Mussolini und dem Zusammenbruch des italienischen Faschismus wurde am 28. Juli 1943 ein Flugblatt verfaßt, das sich „An die Mitarbeiter der E.U.“ wandte und in dem neben der Hoffnung auf ein bevorstehendes Ende auch des Faschismus in Deutschland vor allem Hinweise zum konspirativen Arbeiten und zur Werbung einer weiteren Anhängerschaft gegeben wurden. Im „Flugblatt Nr. 12 des ZK der EU“ war vor allem die „Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte in Europa“ durch die EU gefordert und in bewußter Übertreibung betont worden: „In unseren Reihen stehen Funktionäre aus allen Richtungen der alten Arbeiterparteien, aber auch ehemalige Vertreter bürgerlicher politischer Richtungen.“ Auf diese Weise hoffte man auf eine größere Breitenwirkung.

Das Flugblatt Nr. 35 faßte die Ziele der „Europäischen Union“ in fünf Punkten zusammen: „1. Die Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte Europas. ... Sturz des Faschismus in ganz Europa. 2. Die Vorbereitung auf die Ergreifung der Macht... 3. Die Wiederherstellung der politischen und menschlichen Grundrechte des Individuums... 4. Die endgültige Überwindung aller ökonomischen und politischen Grundlagen des Faschismus durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung... 5. Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas in der Europäischen Union...“ Das Endziel sollte sein, mit der „mächtigen EU für ein freies sozialistisches Europa“ zu kämpfen.

Bevor der Widerstandskreis „Europäische Union“ größere Aktivitäten entfalten konnte, wurde er von einem von der Gestapo eingeschleusten Spitzel verraten. Am 5. und 6. September 1943 wurden Georg Groscurth, Robert Havemann, Herbert Richter und Paul Rentsch verhaftet. Durch den Verrat gingen auch zahlreiche ausländische Zwangsarbeiter der Gestapo in die Fänge.

Die Verhöre fanden in der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße statt. Erst am 15./16. Dezember 1943 war die Hauptverhandlung gegen den Widerstandskreis „Europäische Union“ vor dem „Volksgerichtshof“. Die vier führenden Köpfe der Gruppe wurden zum Tode verurteilt. Robert Havemann gelang es mit Hilfe von verschiedenen angesehenen Wissenschaftlern, seine Hinrichtung im Interesse kriegswichtiger Forschungen* aufzuschieben. Es ging dabei um die Entwicklung von Nervengiften für die Wehrmacht, an der Havemann beteiligt worden war. Er war bereits seit 1936 am Pharmakologischen Institut der Berliner Universität mit derartigen geheimen Forschungen betraut worden. Für deren Weiterführung sei Havemann unentbehrlich. Anfang Mai 1944 bekam er aus Mitteln des Heereswaffenamtes im Zuchthaus Brandenburg-Görden ein Laboratorium eingerichtet, zu dem aus Geheimhaltungsgründen selbst Zuchthausbeamte nicht ohne weiteres Zutritt hatten. Durch diese „Sicherheit“ konnte er auch einen leistungsstarken Kurzwellensender basteln. Vom Herbst 1944 an gab er im Zuchthaus für Mithäftlinge ein täglich auf seiner Schreibmaschine geschriebenes Nachrichtenblatt „Der Draht“ heraus, in dem die neuesten Meldungen aus Wehrmachtsberichten, dem englischen Radiosender „BBC“, Radio Moskau und anderen Radiostationen stichwortartig zusammengefaßt waren. Es wurde von der illegalen KPD-Organisation der politischen Gefangenen auf exakt ausgeklügelten Wegen den Insassen des Zuchthauses zur Kenntnis gegeben.

Am 27. April 1945 wurde das Zuchthaus Brandenburg-Görden von der Roten Armee befreit. Später erinnerte sich Robert Havemann an die unvergeßlichen Minuten der Befreiung: „Die Russen ließen sich die Schließerschlüssel geben und machten sich daran, alle Zellentüren aufzuschließen. Binnen kurzem füllten sich die Gänge mit den Massen der grauen, ausgemergelten Gestalten der Gefangenen. Es war ein tief erregender Anblick. Die Russen wurden umarmt, schließlich hochgehoben, ein ohrenbetäubender Krach erfüllte den Raum. Mit einemmal begannen wir die Internationale zu singen: 'Wacht auf, Verdammte dieser Erde!' Wir waren frei. Es war ein schöner warmer Frühlingstag. Birken grünten, die Luft war leicht und lind.“

(Nach: R. Havemann, Ein deutscher Kommunist; R. Havemann, Fragen Antworten Fragen; H.-W. Wormann, Widerstand in Charlottenburg)

Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager in Karow

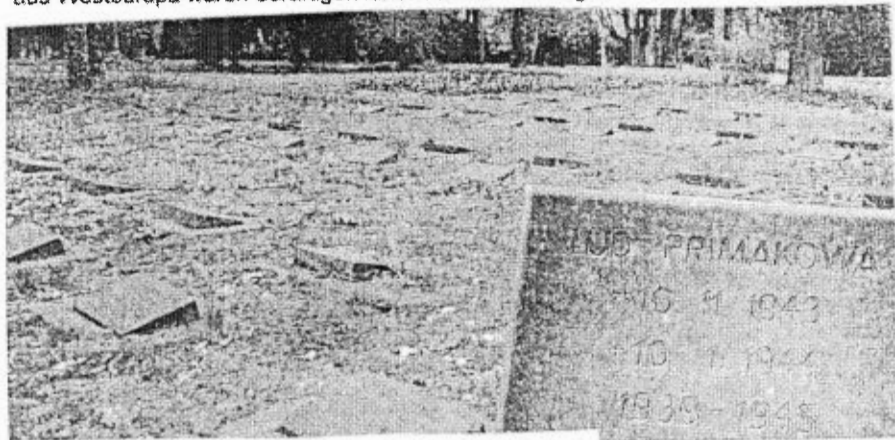
Ältere Karower Bürger können sich noch daran erinnern, dass während des Krieges Männer und Frauen in dunkelblauen, verschließbaren Wattejacken und Holzpanzern abends die Treppen des Bahnhofsgebäudes der S-Bahn herunter polterten, ausgemergelt, mit einem „P“ oder „Ost“ auf Brust und Rücken der Kleidung, sich mühsam voranschleppend. In der Pankgrafenstraße, über die Panke hinaus am Rande der Rieselfelder (heutiges Terrain des Rollheimerdorfes) befand sich eines der über eintausend Lager für Fremd- und Zwangsarbeiter in Berlin. Seit Beginn des Krieges 1939 wurden aus den von Nazi-Deutschland okkupierten Gebieten ausländische Arbeitskräfte zur Fronarbeit nach Deutschland herangezogen. Als der Erfolg der freiwilligen Anwerbung trotz Versprechungen und Verlockungen ausblieb, wurde zu drastischen Zwangsmaßnahmen gegriffen. In den eroberten Ostgebieten waren das rücksichtslos und zwangsweise durchgeführte Massendeportationen. In Viehwaggons zusammengepferscht wurden die billigen Arbeitskräfte nach Deutschland gebracht. Im Sommer 1943, so hat es das faschistische Reichsamt für Statistik sorgfältig registriert, beschäftigte die deutsche Kriegswirtschaft allein in Berlin rund 351.000 von ihnen, ein Jahr darauf mehr als 400.000. Das waren Polen, Franzosen, Holländer, Belgier, Tschechen, Russen, Ukrainer, Weißrussen, Italiener, Jugoslawen. Nahezu jedes deutsche Unternehmen beschäftigte Zwangsarbeiter, selbst Kriegsgefangene, vom Handwerksbetrieb bis zum Großkonzern, auch städtische Einrichtungen, ob Gas- oder Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe, Straßenreinigung, Krankenhäuser sowie Reichsbahn und landwirtschaftliche Betriebe, ja selbst Kirchengemeinden und Privathaushalte der begüterten Gesellschaft.

Drei dieser Lager gab es in Karow. An der Karower Chaussee/Ecke Kappgraben wird von einem Kriegsgefangenenlager berichtet. Hier soll es ab dem 20. Oktober 1940 auch ein weiteres Lager für italienische Bauarbeiter mit Arbeitsverträgen gegeben haben. Das Lager war im Auftrag der Stadtverwaltung Berlin errichtet worden. 1943 wurden auf der anderen Straßenseite entlang der Eisenbahnstrecke Versuchsbauten als Behelfsunterkünfte für Bombengeschädigte aus der Innenstadt gebaut.

Am Kiebitzpfuhl – er befindet sich am Ende des Schrägen Weges/Ecke Liebenstraße – lag ein Lager der Deutschen Reichsbahn. Es bot 56 Franzosen Unterkunft, die sich nach amtlichen Unterlagen zu urteilen „freiwillig“ zur Arbeit in Deutschland gemeldet hatten. Sie waren zum Bau der eingleisigen Eisenbahnstrecke des Güteraußenringes, am späteren „Karower Kreuz“, eingesetzt. Sie konnten sich außerhalb ihrer Arbeitszeit frei bewegen, allerdings wurden nähere Kontakte zu deutschen Frauen „arisch“ mit Freiheitsstrafen geahndet. Dieses Barackenlager soll vom 3. März 1941 bis zum 26. März 1943 bestanden haben.

In der Pankgrafensstraße gab es jenes „Russenslager“, wie die Karower es nannten, mit den acht Holzbaracken. Es gehörte ebenfalls wie das Lager am Kiebitzpfuhl der Deutschen Reichsbahn, die insgesamt über 75 derartige Arbeitslager in Berlin ver-

fügte. Hier in der Pankgrafenstraße waren seit dem 30. April 1941 zunächst polnische Zwangsarbeiter einquartiert. Später, mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion kamen Ukrainer, Weißrussen und Russen hinzu. Das Lager soll nach den amtlichen Unterlagen bis zum 2. Oktober 1944 bestanden haben. Diese Zwangsverschleppte waren einem gefangenen ähnlichen Status unterworfen. Die streng bewachten Lager durften sie nicht ohne Aufsicht verlassen, in Kolonnen ging es zur Arbeit. Jegliche Teilnahme am öffentlichen Leben war ihnen strengstens verboten. Im „Unternehmen Bolschewisten“ waren für sie „beschränkte Lebensbedingungen“ einkalkuliert worden. Als billige Arbeitskräfte schufteten sie, besserten die durch die anglo-amerikanischen Bombenangriffe zerstörten Schienenwege aus, reparierten die Anlagen für die Militärtransporte wieder einigermaßen instand, waren eingesetzt beim Ausbau des Güterbahnhofes in Pankow. Sie galten in der Nazipropaganda als „Untermenschen“, für die der Tod vorprogrammiert war. Zwangsarbeiter aus Westeuropa waren derartigen harten Einschränkungen nicht unterworfen.



Grabanlage für Zwangsarbeiter auf dem Bucher Friedhof

Über ein Drittel der Zwangsarbeiter waren Frauen und Mädchen, die jüngsten noch nicht einmal zehn Jahre alt. Unter den Verschleppten waren auch häufig schwangere Frauen und Mütter mit Kleinkindern. Vor allem Säuglinge und Kleinkinder hatten keine Chance zum Überleben, waren unerwünscht, keine brauchbaren Arbeitskräfte. Auf dem Bucher Friedhof in der Schwanebecker Chaussee sind 637 ausländische Opfer beigesetzt. Auf 143 Grabsteinen stehen die Geburts- und Sterbedaten von Säuglingen und Kleinkindern. Im Totenbuch des Friedhofs wird als häufigste Todesursache Herz- und Kreislaufschwäche angegeben.

Um so höher ist die mutige Tat von Karower Bürgern zu werten, die trotz der Gefahr von der Geheimen Staatspolizei verhaftet zu werden, heimlich Kontakte zu den Fremd- und Zwangsarbeitern suchten und ihnen Lebensmittel, warme Kleidungsstücke und Nachrichten von den Kriegsfrenten zusteckten.

(Nach: R. Kubatzki, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager, L. Demps, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager)

Illegaler Treffpunkt in der Kattowitzer

Im Zweiten Weltkrieg hatten Karower Kommunisten im Haus der parteilosen Buchhalterin Käthe Schulz, geboren am 14. September 1899 in Berlin, in der Kattowitzer Straße einen illegalen Stützpunkt. Das Haus mit der Nummer 7 gehörte ihr und ihrer Schwester. Die bürgerliche Humanistin hatte sich in ihrer Abscheu vor dem verbrecherischen Krieg dem antifaschistischen Widerstand gegen das Naziregime angeschlossen. Ihr Haus im Schlesischen Viertel von Karow stellte sie auch für geheime Unterkünfte politisch Verfolgter und für illegale Treffs zur Verfügung.

In dem Haus von Käthe Schulz wohnte auch Ruth Schneider. Beide Frauen arbeiteten bei der Firma C. Müller A.G. Gummiwaren in der Weißenseer Belfortstraße. In diesem Betrieb hatte sich eine illegale kommunistische Betriebszelle gebildet. Ihr Leiter war Heinz Lehmann und zu ihr gehörten Ruth Schneider, Käthe Schulz und Rudolf Drabinski. Diese Gruppe nahm Kontakte zu den bei „Gummi-Müller“ schuftenden Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion und aus Frankreich auf, die nach Deutschland verschleppt worden waren, um hier unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten zu müssen. Sie waren in Baracken auf dem Betriebsgelände in der Puccinistraße untergebracht.

Die illegale Betriebsgruppe versorgte die Zwangsarbeiter mit zusätzlichen Nahrungsmitteln und Bekleidung, die vor allem in den kalten Wintermonaten gebraucht wurde. Wichtig waren aber auch die Nachrichten für sie über den militärischen Verlauf an den Kriegsfrenten. Die Illegalen hörten im Radio – der „Volksempfänger“ wurde von der Bevölkerung verächtlich „Goebbels-Schnauze“ genannt – die von den Nazis mit der Todesstrafe geahndeten ausländischen Nachrichten ab. Als 1943 die junge Arbeiterin aus der Gummifabrik Edith Felix, die im Betrieb als Jüdin zwangsverpflichtet war, ihre Arbeitskollegin Ruth Schneider wissen ließ, dass ihre Deportation in ein Vernichtungslager der Nazis bevorstand, beschloß die illegale Gruppe, ihr beim „Untertauchen“ in die Anonymität behilflich zu sein. Sie fand zunächst in der Kattowitzer Straße 7 eine Unterkunft, mußte dann aber aus Gründen der Sicherheit ihr Quartier zu weiteren antifaschistisch gesinnten Familien wechseln.

Die Gruppe aus der Gummiwaren AG leistete auch illegale Arbeit außerhalb des Betriebes. Über Lisa Walter aus dem Wedding gelang es, Anschluß an die von Anton Saefkow und Franz Jacob geleitete kommunistische Widerstandsorganisation zu finden, die sich als illegale Leitung der KPD für den Widerstand in Deutschland herausgebildet hatte. Diese Organisation suchte die Verbindung zu den im Untergrund wirkenden kommunistischen Gruppen in allen Teilen Deutschlands herzustellen. Es war ein Kontaktnetz aufgebaut worden, das in über 50 Berliner Betrieben illegale kommunistische Betriebszellen unterhielt. Die Organisation rief die Arbeiter und Ar-

beiterinnen zur Sabotage in den Rüstungsbetrieben und die Soldaten zum Schluß-
machen mit dem Völkermorden auf. Es galt den Zusammenbruch des Nazi-Regimes
zu beschleunigen, um so ein rasches Ende der Krieges herbeizuführen. Dazu streb-
te die Widerstandsorganisation ein breites Bündnis aller Hitlergegner an und war
dabei bemüht, eine Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Widerstand
herzustellen, wozu es bereits erste gemeinsame Gespräche gab.

Im Frühjahr 1944 fanden zur Abstimmung der illegalen Arbeit Leitungssitzungen
der Saefkow-Jacob-Organisation im Haus von Käthe Schulz in der Kattowitzer
Straße 7 statt. Das war ein großes Vertrauen, das da in die Karower Antifaschistin
gesetzt wurde. Die Treffs waren immer gut vorbereitet. Auf der Mai-Sitzung ging es
unter anderem darum, Möglichkeiten der politischen Aufklärung unter den deutschen
Soldaten an den Kriegsfrenten abzuklären. Es wurden bereits Briefe an Soldaten
verschickt, deren Feldpostnummern die bereits den Soldatenrock tragenden Cäsar
Horn und Rudolf Drabinski besorgten. Die Soldaten sollten über die Sinnlosigkeit des
irrealen Krieges aufgeklärt werden. Rudolf Drabinski, Unteroffizier der Wehrmacht,
sicherte in seiner Uniform die Sitzung ab.

Im Sommer 1944 gelang es der Gestapo mit Hilfe eines mit perfiden Mitteln zur
Kollaboration gezwungenen Gruppenmitgliedes in die Widerstandsorganisation ein-
zudringen und die Saefkow-Jacob-Organisation zu zerschlagen. Es folgten Massen-
verhaftungen von 284 Männern und Frauen. In 60 Prozessen standen 223 von ihnen
vor ihren Richtern. 71 wurden zum Tode verurteilt, 109 erhielten Zuchthaus- und Gef-
ängnisstrafen. Weitere 20 Antifaschisten/Innen kamen noch in den Konzentrations-
lagern und Zuchthäusern ums Leben.

Käthe Schulz und Ruth Schneider blieben von der Verfolgungswelle verschont. Das
Haus in der Kattowitzer Straße Nummer 7 stand weiterhin als illegales Quartier zur
Verfügung. So fand Rudolf Drabinski, der nach den Verhaftungen im Sommer 1944
aus der Wehrmacht desertiert war, eine Unterkunft. Ab Spätherbst lebte auch der
jüdische Kommunist Gerhard Danelius mit seiner Familie in ihrem Haus. Er hatte
Verbindungen zu illegalen kommunistischen Gruppe in verschiedenen Stadtbezir-
ken knüpfen können, so auch zu der Gruppe bei „Gummi-Müller“; desweiteren nach
Frohnau, Neukölln und in den Wedding. Die illegalen Kämpfer kannten sich zumeist
schon aus der Jugendarbeit oder der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei in
den Jahren der Weimarer Republik.

(Nach: U. Hochmuth, Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin
und Brandenburg 1942-1945; H.-R. Sandvoß, Widerstand in Prenzlauer Berg und
Weißensee, Der illegale Kampf der KPD 1933-1945 in Berlin-Weißensee)

Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Betriebe!

Über und über wächst die Notlage der Arbeiter und Arbeiterinnen. Tag und Nacht in den Betrieben und in den Wohnungen, sind die Luftgassen im ständigen Ungleichgewicht. In den Betrieben wird die Produktion gesteigert. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Und warum der Arbeit?

Die Arbeit ist nicht mehr nur ein Mittel zum Leben. Sie ist eine Pflicht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Wenn der Kampf um Freiheit ist, so ist die Freiheit von Arbeit und Lohn. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Es gibt keine Lohnarbeit mehr. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Setzt Euch gegen die Verhaftung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Schritt für Schritt gegen die Luftangriffe!

Versteht die Betriebe vor der Luftangriffe. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind überfordert. Die Notlage wird tagtäglich von den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Vor allem aber seid einig! Wenn ihr geschlossen zusammensteht, seid ihr auch heute eine Macht, vor der alle eure Feinde zurückweichen müssen. Sammelt Euch um die tapfersten und besten, klardenkenden und revolutionären Arbeiter Eures Betriebes ohne Unterschied der früheren Parteizugehörigkeit und betrachtet sie als eure Obleute. Schafft Euch in Euren gewerkschaftlichen Kampfgruppen die Waffe, die Euren Widerstand volle Sicherheit und klare Führung gibt. Die Arbeiter beendeten den ersten Weltkrieg! Sie müssen auch den Schluß des zweiten erzwingen!

Kommunistische Partei
Berlin

Kampfgefährten der Saefkow-Jacob-Organisation

Gerhard Danelius (1913-1978)

Gerhard Danelius wurde am 2. April 1913 in Berlin geboren. Als Arbeiter trat er dem Kommunistischen Jugendverband und später der KPD bei. Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland emigrierte er 1933 zunächst in die Niederlande, danach nach Frankreich. Er nahm in Paris mit anderen KJVD-Funktionären an der Kampagne zur Befreiung des von den Faschisten des Reichstagsbrandes beschuldigten bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff teil. Im August 1934 kehrte er nach Berlin zurück. Als Jude wurde er mit Kriegsbeginn in die Tempelhofer Elektro-Firma „Eltron“ dienstverpflichtet. Hier wurde er in die Tätigkeit der illegalen KPD-Betriebszelle einbezogen, die antinazistische Flüsterpropaganda und Rüstungs-sabotage organisierte.

Nach Einführung des Judensterns durch die Nazibehörden ging Gerhard Danelius in den Untergrund. Er nahm den Decknamen „Gerd Müller“ an, versorgt von seiner Frau Ilse Schmidt und Freunden. Sein Vater und andere Familienangehörige wurden als Juden von den Nazis in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. Er konnte als „Gerd Müller“ mit seinen Kampfgefährten in Verbindung bleiben. Antifaschisten im Stadtbezirk Prenzlauer Berg fanden für ihn vorübergehend eine illegale Unterkunft in der Mariendorfer Straße 2. Dadurch konnte er weiterhin am Widerstandskampf teilnehmen. Am 1. Mai 1944 gab es ein Treffen mit Anton Saefkow und Franz Jacob im Ützdorfer Wald, nördlich von Berlin. Noch im selben Monat nahm er an einer Leitungssitzung der Saefkow-Jacob-Organisation im Hause von Käthe Schulz in der Karower Kattowitzer Straße teil. Er konnte sich dort seit dem Spätherbst 1944 ständig mit seiner Frau und Tochter unbemerkt aufhalten. Mit seinen Gesinnungsgenossen in Pankow, Neukölln, Prenzlauer Berg, Weißensee, Frohnau und Wedding blieb er weiterhin im Kontakt.

Mit der Befreiung durch die Rote Armee wurde Gerhard Danelius von der sowjetischen Ortskommandantur als Ortsbürgermeister von Karow eingesetzt. Später arbeitete er im Parteiapparat der SED in Berlin. Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) am 24. November 1962 wurde er Erster Sekretär dieser Organisation. Am 18. Mai 1978 verstarb er.

(Nach: U. Hochmuth, illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945)

Ruth Schneider (1914-1998)

Ruth Schneider, geboren am 26. August 1914 in Berlin, war kaufmännische Angestellte. Sie hatte sich in der Weimarer Republik der Sozialistischen Arbeiterjugend angeschlossen, war dann aber parteilos geblieben. Sie wohnte zusammen mit Käthe Schulz in deren Haus in der Kattowitzer Straße 7 in Karow. Sie arbeitete, wie auch Käthe Schulz, als Buchhalterin in der Gummifabrik C. Müller in Weißensee. Hier gehörte sie ebenfalls der illegalen Betriebsgruppe der KPD an, die von Heinz Lehmann geleitet wurde. Die Gruppe war bemüht, die Lage der bei Gummi-Müller eingesetzten Zwangsarbeiter durch die Weitergabe von Auslandsnachrichten und Lebensmitteln zu verbessern. Sie war eingebunden in die Absicherung von Funktionärsbesprechungen, die Saefkow und Jacob im Frühjahr 1944 in Karow durchführten. Nach der Verhaftung von Heinz Lehmann durch die Gestapo half sie, einen Wahlverteidiger für ihn zu finden und die Verteidigungskosten aufzubringen. Bei einem Besuch im Untersuchungsgefängnis teilte Lehmann ihr verschlüsselt mit, dass die Gestapo nach einer ihrer Mitstreiterinnen fahndete. Diese konnte gewarnt und gerettet werden. Kurz vor der Evakuierung des Gummi-Werkes von Berlin ins Vogtland, brachte Ruth Schneider die seit zwei Jahren im Haus versteckt gehaltene Jüdin Edith Felix bei ihrer Cousine in Moabit unter. Seit dem März 1945 lebte sie mit Käthe Schulz in Pausa, wo beide die Befreiung durch die Alliierten erlebten.

Ruth Schneider trat nach Kriegsende in die KPD ein, mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien der SED. Sie war seit 1947 Gewerkschaftsvorsitzende der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Bernau und später im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR tätig. Sie starb am 7. Juni 1998 in Berlin.

(Nach: U. Hochmuth, illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945)

Käthe Schulz (1899-1990)

Käthe Schulz wurde am 14. September 1899 in Berlin geboren. Von Beruf war sie Buchhalterin. Sie wohnte in der Kattowitzer Straße 7 in Karow. Das Haus gehörte ihr und ihrer Schwester Hertha Hellige in Frohnau. Käthe Schulz war parteilos. Angestellt war sie in der Gummifabrik C. Müller in Weißensee, wo sie sich der illegalen kommunistischen Betriebszelle anschloß. Mit der Familie ihrer Schwester in Frohnau wechselte sie sich beim Verbergen der von der Deportation in ein Vernichtungslager bedrohten jüdischen Arbeitskollegin Edith Felix ab. Im Frühjahr 1944 stellte sie das Haus für illegale Leitungssitzungen zur Verfügung, an denen Franz Jacob, Anton Saefkow, César Horn, Lisa Walter und weitere Antifaschisten teilnahmen. Seit Ende 1944 gab sie dem jüdischen Kommunisten Gerhard Danelius und seiner Frau Ilse mit Töchterchen illegales Quartier, ebenso dem aus der Wehrmacht desertierten Rudolf Drabinski.

Nach der sehnsüchtig herbeigesehnten Befreiung vom Faschismus trat sie der KPD bei, wurde 1946 Mitglied der SED. Sie starb am 5. April 1990 in Lübbenau.

(Nach: U. Hochmuth, illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945)



Gerhard Danelius
(1913-1978)



Käthe Schulz
(1899-1990)



Ruth Schneider
(1914-1998)



Irmgard Horn (1919)

Irmgard Horn (1919)

Sie zählt heute bereits 84 Lenze, Irmgard Klauß, verwitwete Horn, wohnhaft in der Karower Spinola Straße. Sie kann auf ein reifes politisches Leben zurückblicken. Am 11. September 1919 in Berlin geboren, war die Kontoristin in der Weimarer Republik Mitglied im Arbeitersportverein „Fichte“ geworden. Sie heiratete den Jungkommunisten Ewald Köller, der 1940 in Frankreich fiel. In dieser Ehe wurde eine Tochter geboren. Bevor Ewald Köller in den Krieg mußte, hatte er aus faschistischer Kerkerhaft entlassene Genossen unterstützt, eine Aufgabe, die nun seine Frau übernahm. Als ersten betreute sie den aus dem Konzentrationslager entlassenen Heinz Lehmann, den sie in ihren politischen Kreis einführte, zu dem neben anderen Jungkommunisten auch ihre jüdischen Freunde Heinz Müller und Gerhard Danelius gehörten. Für Müller, der sich der illegalen Widerstandsorganisation um den Kommunisten Robert Uhrig angeschlossen hatte, führte sie 1941/1942 Kurierdienste aus. Er wurde 1943 als Jude in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam. Irmgard unterstützte seine Mutter bei der Heimführung und Beisetzung der Urne im September 1943 auf dem Friedhof in der Weddinger Seestraße.

Ihre Wohnung im Wedding war für eine Reihe früherer Fichte-Sportler Treffpunkt, zu dem auch der Kommunist Cäsar Horn kam. Dieser war 1936 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er im Moorlager Brual-Rhede verbrachte. Entlassen, schloß er sich in den AEG-Betrieben in Hennigsdorf der illegalen Betriebsgruppe der KPD an, die in Verbindung zur Uhrig-Organisation stand. Nach Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen, leistete er unter den Soldaten antifaschistische Aufklärungsarbeit. Dabei unterstützte ihn Irmgard Köller. Sie übernahm Verabredungen und stellte für geheime Treffen ihre Wohnung zur Verfügung. Nach der Verhaftungswelle der Gestapo gegen die Uhrig-Organisation fand Cäsar Horn Anschluß an die von Anton Saefkow und Franz Jacob geführte Widerstandsorganisation. Er wurde mitverantwortlich für die Propagandaarbeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ unter Wehrmachtsangehörigen.

1944 heiratete sie Cäsar Horn, der aber schon kurz nach der Trauung am 19. Juli 1944 festgenommen wurde. Nach einem Besuch ihres Mannes im Herbst 1944 in der Wehrmachthaftanstalt Potsdäm nahm sie die verschlüsselt vermittelte Nachricht mit nach draußen, dass „Hermann“ Verrat an der Saefkow-Jacob-Organisation geübt hatte. Als sie endlich für den 21. März 1945 die Erlaubnis erstritten hatte, ihren zum Tode verurteilten Mann nochmals im Zuchthaus Brandenburg-Görden besuchen zu dürfen und dort eintraf, wurde ihr mitgeteilt, dass er bereits hingerichtet worden sei. Seinen im August 1944 geborenen Sohn hatte er nicht mehr kennengelernt.

Seine Grabstätte auf dem Pankower Friedhof in der Leonhard-Frank-Straße steht unter Denkmalschutz, eine dem ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfer gewidmete Gedenktafel in der Lessingstraße 53 in Wilhelmsruh wurde 1995 vom Hausbesitzer wieder entfernt.

Aus dem letzten Brief von Cäsar Horn an seine Frau Irmgard, geschrieben am 1. März 1945 in der Todeszelle des Zuchthauses Brandenburg-Görden:

Mein geliebtes Irmchen! Diese Worte wollte ich nach unserem Ja-Wort wohl noch hunderttausendmal an Dich richten, als Inhalt und Beglückung Deines und meines Lebens. Nun soll es nicht sein. Ein unerbittliches Schicksal fordert von Dir, Du Gute, in der Blüte Deines Lebens ein gereiftes Herz. Es ist mein letzter Wunsch, geliebtes Irmchen, daß es am Schmerz nicht zerbrechen möge, denn ein barbarisches Gesetz hat nur ein Leben gefordert, dessen, liebe, gute Frau, sei eingedenk beim Anblick unserer herzigen Kinder. Laß Deine Tränen fließen, wenn Dich im Herzen danach drängt, laß aber auch ein Lachen hören, wenn es unsere Kinder in ihrer Unschuld zur Bereicherung ihres jungen Lebens brauchen. Die Liebe ist immer gleich, nur ihre Form wechselt. Wenn eines Tages jemand kommt und Dein Herz anspricht, sei eigenes Dir, Du Allerbeste, auf den Händen darbietet, dann nimm dieses köstlichste aller Geschenke freudig entgegen, wenn ich damit – wenigstens teilweise – unseren Kleinen als neuer Papa weitergegeben werden kann...

Mein geliebtes Irmchen, meine gute Kameradin auf meinem letzten Weg! Durch unsere Liebe, durch Dich habe ich die größte Köstlichkeit empfangen: ein raues stein, unseren Jungen! Wir haben ein junges Bäumchen gepflanzt! Möge nun der dunkle Schatten, der über Dich fällt, es nicht erfassen, damit es etwa gar zu früh zu wolken anfängt. Du bist nun der starke Baum, an dem sich der Keimling hält und empor wachsen kann. Aber sieh, daß Du es trotzdem von Dir hälst und es selbst zum festen, schmiegsamen Stämmchen wird, mit festen Wurzeln in der dauernden wohlgegründeten Erde ruhen möge, wie es unser Wildling, unsere Dagmar, anfängt zu tun, und damit Du Dich selbst noch einmal an ihnen festhalten und aufrichten kannst. Gib ihnen diesen Ausdruck Goethescher Welt- und Weitschau immer mit auf den Weg

Geh! Gehorche keinen Winken,
Nutze deine jungen Tage,
Lerne zeitig klüger sein:
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten am
Du mußt steigen oder sinken,
Du mußt hemmen und gewinnen,
Oder dienen und verlieren,
Läden oder triumphieren,
Amboß oder Hammer sein.

Die kommende Zeit wird unsere Kinder zu dialektisch veranlagten Menschen erziehen. Dessen bin ich gewiß. Wir wollten sie darauf mit unserer geringen Bildung vorbereiten. Nun ist die Kraft durch meinen Abschied geteilt. Laß später einmal alles, woran wir nur ahnend und strebend uns anlehnen konnten, zum Inhalt ihres Lebens werden. Musik, Bücher, das Wahre, das Schöne, das Gute und die Liebe. Und deshalb sei alles, was uns beiden in unserer Zweierarbeit Inhalt des Lebens war, nun auch ihr Eigentum, auch als Inhalt zu meinem Gedenken. Aus tiefstem körperlichen Schmerz heraus für immer Abschied nehmen voneinander kann für einen gequälten Menschen leicht und Erlösung sein. Ich werde nicht erstötet, und mir fällt nichts leicht, denn mich erfüllt ein seeleischer Schmerz, der wie der tiefste und dunkelste Abgrund des Lebens ist, aus dem ich zur letzten Höhe schaue bis zu meiner letzten Minute ich frage Dein und unserer Kinder Bald bis zuletzt lebendig in mir. ..."

Irmgard Horn trat nach Kriegsende in die KPD ein, wurde Mitglied der SED. Sie wurde Lehrerin und war viele Jahrzehnte als Schulleiterin im Stadtbezirk Pankow tätig. Noch in ihrem hohen Alter ist sie oft bei jungen Menschen zu Gast, um aus ihrem arbeitsreichen Leben und ihren Erfahrungen in der Nazizeit zu erzählen.

(Nach: U. Hochmuth, Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945, Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945, Bd 1)

Gerda Boenke – eine mutige Antifaschistin

Gerda Boenke, am 12. Oktober 1913 geboren, wohnte zuletzt in der Weberstraße im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain. Bevor die Nazis 1933 an die Macht kamen, war sie Mitglied der Kommunistischen Jugendverbandes und der KPD gewesen. Danach zog sie sich aus dem politischen Leben zurück. Ihr Ehemann Bruno wurde während des Krieges als Soldat eingezogen. Ihre drei Kinder hatte sie, wie so viele Berliner Mütter in dieser Zeit, aus der von Bomben zerstörten Stadt zu Verwandten in das als sicher geglaubte Ostpreußen gebracht. Sie selbst war als Kabelarbeiterin in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Kärger AG in der Friedrichshainer Krautstraße dienstverpflichtet worden, wie so viele Frauen und Mütter, die in der Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft die zur Wehrmacht eingezogenen Männer ersetzen mußten. Die Kärger AG hatte damals etwa 600 Beschäftigte, darunter auch zahlreiche Fremd- und Zwangsarbeiter aus den von Deutschland okkupierten Ländern. Die Gedenktafel, die Arbeiter des Betriebes Gerda Boenke 1950 am Fabrikgebäude widmeten, fiel nach 1990 dem Vandalismus der „Jüngerstürmer“ zum Opfer. Die Gedenktafel an der Ecke Singerstraße/Koppenstraße in Friedrichshain trägt nach wie vor ihren Namen.

Gerda Boenke hatte sich während des Krieges nicht der in der Firma Kärger AG illegal agierenden kommunistische Betriebszelle angeschlossen. Die kleine Gruppe verteilte an vertrauenswürdige Arbeitskollegen Aufklärungsmaterial der Uhrig-Organisation und hatte Kontakte zu den im Betrieb arbeitenden Fremd- und Zwangsarbeitern. Sie organisierte Sabotage an Maschinen, deren Mängel sich erst nach Monaten bemerkbar machten. Davon wußte Gerda Boenke wenig. Allerdings machte sie aus ihrer Meinung über das terroristische Naziregime und den zerstörerischen Krieg keinen Hehl. Sie sprach darüber auch mit ihren Arbeitskolleginnen in den Werkpausen. Ihre Sorge galt dabei vor allem dem Leben und der Zukunft ihrer Kinder. Nach dem gescheiterten Attentat der Offiziere vom 20. Juli 1944 auf Hitler äußerte sie laut ihr Mißbehagen über den fehlgeschlagenen Versuch. Sie wurde von einer Arbeitskollegin, deren Sohn bei der SA war, bei der Geheimen Staatspolizei denunziert. Ihre Verhaftung folgte kurz darauf. Ausführliche Verhöre der Gestapo im Betrieb bestätigten den Vorwurf. Schon am 25. Oktober 1944, wenige Tage nach ihrem Geburtstag, fällte der faschistische „Volksgerichtshof“ das Todesurteil über sie. Noch in ihrer Todeszelle galt in ihrem Abschiedsbrief ihr letzter Gruß ihren drei Kindern:

„Liebe Mutti!

Wenn Du diesen Brief liest, weile ich nicht mehr unter den Lebenden. Bin am 9. November 1944 wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt worden. Es ist wohl mein Schicksal, sonst wäre es bestimmt anders geworden. Hoffentlich kommst Du über dieses alles einigermaßen hinweg. Ziehe hinüber nach Ostpreußen, wo die Kinder sind. An Dir hängen sie alle drei sehr. Grüße sie noch recht herzlich von mir. Sie sollen immer recht vernünftig zu Dir sein. Ich wäre ja gern bei ihnen, aber es ist nun nicht mehr zu ändern. Auch den Eltern und Herta bestelle noch einen letzten Gruß von mir. Wenn Bruno zurückkommen sollte, so möchte er auch gut zu den Kindern sein. Ich scheid mit dieser Hoffnung von der Welt, daß alles so wird, wie ich es in diesen Zeilen aufgeführt habe.

Nun, liebe Mutti lebe wohl! Ich konnte ja nicht ahnen, daß alles so kommen wird. Sei recht tapfer und lebe für Horst, Werner und unser liebes Kurtchen. Es grüßt und küßt Dich ein letztes Mal Deine Tochter Gerda.“



Am 10. November 1944 starb eine junge, mutige Frau und Mutter im Zuchthaus Plötzensee unter dem Fallbeil ihrer Henker.

In Karow trägt der parallel zur S-Bahnstrecke führende Fahrdamm ihren Namen. Die einstige Victoria-Luise-Straße wurde 1951 in Boenkestraße umbenannt. Die DDR ehrte damit eine aufrichtige Antifaschistin, die mit ihren 31 Jahren sterben mußte, weil sie öffentlich ihre Meinung ausgesprochen hatte.

(Nach Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945, Bd 1; H. Maur, Mahn-, Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung in Berlin-Friedrichshain)

„Gruppe Klaus“ – Kundschafter im Dienste des Friedens

Im Oktober 1944 sprangen drei von der Roten Armee in der Sowjetunion ausgebildete Männer in den Bergen von Slowenien, das noch von deutschen Truppen besetzt war, mit dem Fallschirm ab. Sie hatten einen schwierigen Auftrag zu erfüllen, sicher den abenteuerlichsten ihres bisherigen Lebens. Sie waren sowjetische Kundschafter und hatten den Tarnnamen „Gruppe Klaus“ mit auf den Weg bekommen. Georg Thiele war ihr Leiter, dazu gehörten noch Gerhard Barth als ausgebildeter Funker und Erwin Flegel. Sie sollten sich auf illegalen Schleichwegen von Slowenien aus bis nach Berlin, der deutschen Hauptstadt, durchschlagen. Hunderte von Kilometern durch ein für sie feindliches Terrain. Das gelang ihnen. Sie erreichten unter großen Mühen ihr Ziel: Berlin.

Georg Thiele, einst Kämpfer in den Internationalen Brigaden an der Seite des spanischen Volkes zur Verteidigung der Republik gegen die Franco-Faschisten, fand zunächst eine kurze Unterkunft bei seiner Mutter in Blankenburg. Dieser war es möglich, auch in Karow Kontaktpersonen wie Walter und Hedwig Vieweger, Otto Fricke und Ilse Liebmann zu finden, die auf ihren Grundstücken den „Volksfeinden“ Unterschlupf gewährten. Ein gefahrvolles Unternehmen. Dem Funker der Gruppe, Gerhard Barth, war es möglich, sich ein vorläufiges Quartier in Schöneiche, an der Stadtgrenze östlich von Berlin zu beschaffen, wo er auch für einige Zeit seinen Funkapparat sicher unterbringen konnte. Später nahm auch er eine zeitweilige illegale Bleibe in in Karow in Anspruch.

Die drei Kundschafter der „Gruppe Klaus“ hatten eigentlich striktes Verbot, mit kommunistischen Widerständlern zusammenzuarbeiten. Es mußte dabei damit gerechnet werden, dass diese von der Gestapo überwacht wurden. Die Gruppe stand unter dem strengen Befehl der Roten Armee. Ihr Auftrag war eine rein militärische Aktion. Sie sollte versuchen, die Aktivitäten der deutschen Truppen zur Verteidigung der Reichshauptstadt heraus zu bekommen. Jede Einzelheit sollte per Funk der Roten Armee übermittelt werden. Es ergab sich aber, dass die Karower Kommunisten und deren Frauen den Kundschaftern jede nur mögliche Hilfe gewährten. Georg Thiele selbst konnte in Karow abwechselnd vier verschiedene illegale Quartiere nutzen. Und die Unterstützung durch die Karower bestand nicht allein in der gefahrlosen Unterbringung. Die Kundschafter mußten auch vor eventuellen Spitzeln der Geheimen Staatspolizei und verirrten Nazis bewahrt sein. Da sie illegal leben mußten, waren sie mit Lebensmitteln und Zivilkleidung zu versorgen. Das war keine leichte Sache, zumal alles rationiert war und nur auf Lebensmittelkarten und Bezugscheinen es etwas zu kaufen gab. Es war Hilfe beim Transport und bei wechselnden Verstecken für das Funkgerät zu leisten. Ebenso sollten Waffen und Munition, Sprengmaterial

und Sprengstoff beschafft werden. Auch der parteilose Graveurmeister Heinrich Harwardt aus Karow war wieder gefragt. Er machte sich an sein Handwerk und fertigte zwei Stempel an, mit denen Eintragungen in deutschen Wehrpässen und Vermerke auf Urlaubsscheinen für Soldaten beglaubigt werden konnten. So bekamen die drei Kundschafter „ordentliche“ Dokumente der faschistischen Armee in die Hände, die so gut gefälscht waren, dass sie selbst von den „Kettenhunden“ der Militärpolizei bei Kontrollen nicht hätten beanstandet werden können. Damit konnten sie ihren Auftrag durchführen, der da lautete: In Deutschland vorwiegend das Gelände des Oberkommandos der Wehrmacht in Zossen und Wünsdorf, südlich von Berlin, zu erkunden. Die beiden Stempel wurden nach dem Ende des Krieges dem Sowjetischen Armeemuseum in Moskau zur Aufbewahrung und Ausstellung übergeben.

Aber zurück in den Winter 1944/1945. Alle wichtigen Nachrichten, welche die „Gruppe Klaus“ für ihren Auftrag sammeln konnte, funkte Gerhard Barth von „stillen Orten“ aus an seine sowjetischen Hintermänner. Die Gruppe wäre beinahe aufgeflogen, als sich Ende März 1945 Georg Thiele und Gerhard Barth für einige Tage in dem Haus von Ilse Liebmann in der Karower Stadtrandsiedlung aufhielten. Sie hatte erfahren, dass jemand aus dem Umfeld die Polizei informiert hatte, in der Siedlung befänden sich verdächtige, unbekannte und unangemeldete Männer. Die Warnung kam rechtzeitig. Als die Gestapo erschien, hatten die beiden Kundschafter ihr Quartier schon gewechselt. Am darauf folgenden Morgen kam nichts ahnend ein Verbindungsmann und brachte verabredungsgemäß Zünder und Zündschnüre. Kaum hatte Ilse Liebmann das „gefährliche“ Material sicher versteckt, drangen erneut zwei Gestapomänner in ihr Haus ein. Sie prüften die Ausweispapiere des „Besuchers“, die vollkommen in Ordnung waren – es war ein Bewohner aus der benachbarten Siedlung. Aber allen war klar, dass die Gestapo von nun an alle Geschehnisse in der Stadtrandsiedlung beobachten werde.

In den letzten Wochen vor dem Einmarsch der Roten Armee in Berlin leisteten die Kundschafter in verschiedenen Ortsteilen von Pankow Aufklärungsarbeit unter den Volkssturmmännern, dem letzten Aufgebot an „wehrfähigen“ älteren Männern und Jugendlichen, über die Sinnlosigkeit ihres Widerstandes. Beim Einrücken der Roten Armee gaben sich Georg Thiele und Gerhard Barth zu erkennen und stellten sich den sowjetischen Truppen zur weiteren Mitarbeit zur Verfügung.

(Nach: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2: W. Klaws: Kämpfer und Sieger)

Tagesration für Normalverbraucher in Berlin

	Okt. 1944	März 1945	April 1945
Brot	312 Gramm	254 Gramm	214 Gramm
Fleisch	36 Gramm	32 Gramm	36 Gramm
Fett	32 Gramm	16 Gramm	25 Gramm

Auf Distanz zur Naziideologie



Pfarrer Karl Merz kam im Sommer 1943 als Pfarrer an die Dorfkirche in Karow. Am 22. August nahm er die Taufe eines Neugeborenen vor, mitten in den Wirren eines Weltbrandes, in denen mehr gestorben als geboren wurde.

Karl Julius Max Merz wurde am 12. Dezember 1910 in Berlin als Kaufmannssohn geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er evangelische Theologie. Sein besonderes Interesse galt den Bemühungen des Humanisten Melanchthons, die Scholastik zu überwinden. Er war Lehrvikar an der St. Nikolai-Kirche und Prediger in Biesdorf und an der St. Marien-Kirchengemeinde und seit dem 1. August 1943 Pfarrer in Berlin-Karow, Kirchenkreis Berlin Land II.

Aus Erinnerungen von Karower Bürgern ist überliefert, dass Pfarrer Merz in seinen Gesprächen mit Gemeindemitgliedern keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem diktatorischen faschistischen Herrschaftssystem machte. Er fühlte sich der Bekennenden Kirche in Deutschland um Pastor Martin Niemöller und den Theologen Dietrich Bonhoeffer nahe, die sich öffentlich gegen die Kirchenpolitik der Nazis ausgesprochen hatten. Besonders junge Menschen konnte er um sich sammeln. Er, der 1941/42 vorübergehend zur Wehrmacht eingezogen worden war, riet ihnen, sich im „Volkssturm“ nicht rekrutieren zu lassen. Der Krieg sei für Deutschland verloren.

Auf über 6.000 Einwohner war Karow während des Krieges angewachsen. Viele Menschen waren wegen den anglo-amerikanischen Bombenangriffen aus der Innenstadt geflohen. Ausgebombte hatten hier draußen ihre Lauben bewohnbar gemacht. Der Ort blieb zum Glück weitestgehend vom Krieg verschont, obwohl die wehrfähigen Männer zum Militär eingezogen waren und manch einer inzwischen sein Leben hatte lassen müssen. Er gab seinen Gemeindemitgliedern Trost für das ihnen zugestoßene Leid.

Nach der Befreiung vom Faschismus setzte sich Pfarrer Merz für ein gutes Vertrauensverhältnis der Karower Bevölkerung zur sowjetischen Ortskommandantur ein, die ihren Sitz in den ersten Nachkriegsjahren in der Dorfstraße hatte. Das gelang ihm, wodurch er noch mehr an Ansehen gewann.

Am 22. September 1948 starb Pfarrer Karl Merz unerwartet früh. Seine letzte Ruhestätte fand der erst 37jährige auf Wunsch seiner Ehefrau, mit der er seit 1939 verheiratet war, auf dem Friedhof in der St. Marien-Kirchengemeinde am Prenzlauer Tor.

(Nach: W. Klaws: Kämpfer und Sieger, Kirchenchronik Karow)

„Helft mit, das Naziregime zu stürzen!“

Ende des Jahres 1944 waren in Karow in einer größeren Anzahl hektographierte Streuzettel verbreitet worden, auf denen in Druckschrift verschiedene Losungen zu Aktionen gegen den Krieg und zum Sturz des Hitlerregimes aufriefen. Auf einem dieser Zettel stand: „Der Hilerkrieg ist bald zu Ende, helft mit, das Naziregime zu stürzen!“ Die Gestapo hatte verschiedene Karower Bürger im Verdacht, diese umstürzlerischen Gedanken niedergeschrieben und verteilt zu haben. Sie suchte einige von ihnen auf und verlangte Schriftproben. Doch die Suche blieb ergebnislos.

In den Märztagen 1945 tauchten in Karow wiederum Flugblätter gegen den Krieg auf. Die Rote Armee hatte die Oder erreicht und erste Brückenköpfe für ihre letzte große Offensive zum Sturm auf Berlin vorbereitet. Eine illegale kommunistische Widerstandsgruppe aus Heinersdorf hatte die Zettel in einer Kleingartenlaube in der Kolonie „Friedrichshöhe“ angefertigt. (Abb.) 1.200 Exemplare wurden davon im Norden Berlins in Umlauf gebracht. Ein zweites Flugblatt rief die „Berliner zum Kampf. Rettet was uns noch verblieben ist!“

Aber nur wenige hatten wie Frau Schmalenberg den Mut sich zu widersetzen. Sie ging zu den Männern einer SS-Formation, die sich noch am 21. April 1945 mit einem Panzer zur „Verteidigung“ Karows einnisten wollten und forderte sie auf: „Haut bloß ab, die Russen kommen gleich!“ Obwohl der Gefechtslärm schon deutlich zu hören war, wollten die SS-Männer sie verhaften, aber da sie standhaft blieb und erneut recht eindringlich sagte: „Haut ab!“, rückte die SS-Truppe tatsächlich ab – und Karow fiel ohne Zerstörungen in die Hände der Truppen der Roten Armee.

(Nach: W. Klawns, Kämpfer und Sieger)



BERLINER!

Die Rote Armee steht vor den Toren Berlins! Die Soldaten der Sowjetunion kommen nicht als unsere Feinde, sie kommen als Feinde unserer Unterdrücker und Ausbeuter, als Feinde des Hitlerfaschismus!

BERLINER SEID TAPFER! Fallt den Henkern des Deutschen Volkes in den Arm! Rettet was uns noch verblieben ist!

SCHLIESST EUCH ZUSAMMEN IN DER HAUSGEMEINSCHAFT! Verhindert, dass Eure Wohnung zum Widerstandsnest der Nazis wird! Verhindert Ihr Frauen und KLEINE Mütter, dass man die Kinder zur Schlachtbank treibt! Verteidigt Euer Haus, aber gegen Hitler! Und dann – Tod den Spitzeln und Denunzianten! Tod allen Kriegsberlägerern! Ihr seid in der Mehrzahl! Ihr seid eine Macht!

SCHLIESST EUCH ZUSAMMEN IN DEN BETRIEBEN! Verhindert den Ausbau von Maschinenteilen! Verhindert die Sprengung Eures Betriebes! Verhindert, dass man Euch Euer Lohn und Brot für lange Zeit zerstört! Verteidigt Euren Betrieb – aber gegen Hitler! Und dann – Tod allen Unternehmern! Tod denen, die ihr Leben schon längst verwirkt haben! Ihr seid in der Mehrzahl! Ihr seid eine Macht!

SCHLIESST EUCH ZUSAMMEN IM VOLKESSTURM! Verhindert die Sprengung von Brücken und Gebäuden! Verhindert eine wochenlange Einschließung Berlins! Verhindert damit Not, Elend, Hunger und Tod Eurer Angehörigen! Verteidigt Berlin, – aber gegen Hitler! Und dann – Tod denen, die Euch in den Tod jagen wollen! Ihr seid in der Mehrzahl! Ihr seid eine Macht!

BERLINER ZUM KAMPF! Zum Kampf für Eure Interessen! Für die Demokratie des werktätigen Volkes!

ZUM KAMPF FÜR EIN FREIES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Die letzten Tage des Krieges

Am 16. April 1945 begann die Rote Armee ihre Berlin-Offensive. Es sollte die letzte, alles entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkrieges in Europa sein. Harte Kämpfe entbrannten tagelang um die Seelower Höhen im Oderbruch. Am 20. April erreichten die ersten sowjetischen Truppen den nordöstlichen Berliner Autobahnring. In der Nacht zum 21. April begann der konzentrierte Sturmangriff auf die deutsche Hauptstadt. Die Truppen der 3. und der 5. Stoßarmee, der 2. Gardepanzerarmee und der 47. Armee der 1. Bjelorussischen Front unter Marschall Shukow drangen in die Lücke zwischen dem deutschen CI. Armee- und dem LVI. Panzerkorps in die nordöstlichen und östlichen Stadtteile von Berlin ein. Truppenteile der 3. Stoßarmee stießen an diesem Tag bereits über Buch, Karow, Blankenburg und Malchow vor.

Lesen wir bei einem nach, der dabei gewesen war: A.N. Bessarab, Major und Kommandeur der 420. Panzerabwehrrartilleriedivision der 207. Rotbanner-Schützendivision: Am 21. April 1945, 7.00 Uhr in der Früh, unterbrachen die Regimenter den Berliner Autobahnring. „In Zepernick hielten wir uns nicht lange auf. Die den in panischer Angst fliehenden Gegner verfolgenden Schützenregimenter stießen in Richtung Südwesten entlang der S-Bahn vor. Gegen 13.00 Uhr erreichten (das 597. Schützenregiment unter Oberstleutnant I.D.) Kowjasin und (A.P.) Wosnessenski, unterstützt vom Feuer des 780. Artillerieregiments und der Panzer, den unmittelbaren Stadtrand von Berlin und nahmen Karow ein. Das (594.) Schützenregiment von (Oberstleutnant A.P.) Tschekulajew wurde ebenfalls in das Gefecht einbezogen. Es ging gegen Buchholz vor. Zur selben Zeit schoß eine Batterie des Artillerieregiments unter Leutnant Spiwakow eine Salve auf den Stettiner Bahnhof. ... Auf den Geschossen befand sich die Aufschrift ‚Geschenk für Hitler von den Artilleristen des 780. Artillerieregiments‘. ... Vor uns ein weites unbekanntes Gelände. Dahinter erhoben sich im Dunst die Massive vielgeschossiger Wohnhäuser und Industriegebäude: Berlin.

(Oberst) Kuraschow suchte sich am Abend des 21. April ein nicht zu großes massives Gebäude mit einem runden Türmchen am Rande von Karow aus. In dem Türmchen richteten Soldaten eine Beobachtungs-Stelle ein. Bald darauf trafen auch die Stäbe ein, und die Verbindungen zu den Abteilungen wurden hergestellt, die Feuerstellungen am Nord- und Ostrand von Karow bezogen hatten. ... (Besprochen wurde hier in der Florastraß 18 der weitere Angriff für den kommenden Tag; Hauptproblem war die Führung der Artillerieeinheiten in Berlin.)

Am nächsten Morgen kletterten Kuraschow und ich auf das Türmchen und setzten uns hinter die Scherenfernrohre. Durch den leichten Morgendunst konnten wir deut-

An die Bevölkerung von Berlin!

Berlin ist von einem festen Ring der Truppen der Roten Armee eingekreist. Das Schicksal Berlins ist besiegelt. Die Rote Armee hat Zehntausende schwerer Geschütze und Salvesgeschütze und Tausende von Bombern und Panzern zum Sturm herangeführt. Weiterer Widerstand wird die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee nicht abwenden können. Er wird lediglich zur vollen Vernichtung der Stadt und zum sinnlosen Tode Hunderttausender deutscher Männer, Frauen und Kinder führen.

Jeder vernünftige Führer würde sich in einer solchen Lage zu sofortiger Kapitulation entschließen, um das Leben der Stadt und das Leben von Frauen und Kindern zu retten. Doch ihr wollt sehr wohl, von der verbrecherischen Hitlerbande (ist so etwas nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die Naziführer versuchen durch Drohungen und Schreckensmärchen über Greueltaten, die die Rote Armee angeblich an der deutschen Bevölkerung verübt, den Widerstand in die Länge zu ziehen. Dadurch gehen sie die Stadt und die Bevölkerung der vollen Vernichtung preis.

Die Naziführer haben nichts zu verlieren. Diese Bande weiß, daß sie die verdiente Strafe erwartet. Ihr aber habt keinen Grund, Euch vor dem Einmarsch der Roten Armee in Berlin zu fürchten. Die Rote Armee führt keinen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Sie tut sogar den einfachen Mitgliedern der N. S. D. A. P. nichts, falls sie sich loyal zu der Roten Armee verhalten.

Berliner!

Ihr seid die Mehrheit! Von Euch hängt es ab, das Ende der Schrecken näher zu bringen. Ihr könnt das retten, was noch zu retten ist.

Organisiert Euch in Widerstandsgruppen zum Widerstand gegen die Nazibande und zur Unterstützung der Roten Armee und handelt sofort!

1. Überzeugt alle Soldaten und Offiziere von der Notwendigkeit, den Widerstand sofort einzustellen!
2. Verberst jeden Soldat und Offizier, der nicht weiterkämpfen will!
3. Verlaßt Eure Arbeitsstätten in den Rüstungswerken und bei den Befestigungsbauten!
4. Verlaßt den Volkssturm!
5. Sabotiert die Erfüllung der Befehle Hitlers und seiner Bande!

Duldet nicht die Zerstörung von Brücken, Transport- und Kommunaleinrichtungen! Merkt Euch diejenigen, die diese Niederträchtigkeiten durchführen.

Duldet nicht die Verminung von Gebäuden und Brücken! Merkt Euch die verminnten Stellen und die Personen, die die Verminung durchführen.

HIBT überall weiße Flaggen als äußeres Zeichen Eurer Bereitschaft, den Widerstand einzustellen.

Kommt getrotzt über die Frontlinie in die russischen Stellungen. Hier seid ihr in Sicherheit.

Flugblatt der Roten Armee,
April 1945

lich die graue Masse der Stadtviertel sehen. Wir beobachteten lange und geduldig und studierten die vor uns liegenden Stadtteile, Häuser und Dächer gründlich. ... Zur angesetzten Zeit trat das Regiment von Tschekulajew nach fünfzehn Minuten Artillerievorbereitung zum Angriff an. ... Bereits gegen 10.00 Uhr erreichten die Bataillone der ersten Staffel zusammen mit den Batterien der Panzerabwehrabteilung den Westrand von Buchholz."

(Nach: A.N. Bessarab, Panzer im Visier)

Weitere Berichte:

„Als ein sowjetischer Stoßtrupp am 21. April in Karow einzog, hißte Benno Windmüller am Fenster seiner Wohnung eine rote und eine weiße Fahne. In russischer Sprache begrüßte er die Befreier. Nicht weit davon, an der Kattowitzer und Steinauer Straße in Karow, empfingen die Kommunisten Gerhard Danelius und Rudolf Drabinski die Rotarmisten. Sie stellten sich ihnen als Ortskundige zur Verfügung und begleiteten den Truppenteil auf seinem weiteren Kampfweg bis zum Abschluß der Berliner Operation."

(Nach: K. Scheel, Die Befreiung Berlins)

„Am 22. April 1945 vormittags Artilleriefeuer der sowjetischen Truppen von Karow aus auf die deutsche Flakstellung in der Pankower Neumannstraße."

(Nach: R. Dörner, Pankow)

„Gegen die befreiten Stadtbezirke Lichtenberg, Weißensee und Pankow teilte die faschistische Führung ‚Vergeltungsschläge‘ aus, weil sie angeblich nicht genügend ‚Verteidigungswillen‘ aufgebracht hätten: Artillerie beschoß Wohnviertel, und die wenige noch einsatzfähigen Flugzeuge warfen Bomben oder beschossen im Tiefflug Frauen und Kinder. In Pankow befahlen daher sowjetische Offiziere eine zeitweise Evakuierung der Bevölkerung nach Karow und Malchow."

(Nach: G. Keiderling, Berlin 1945-1986)

Gerhard Danelius wurde von dem Ortskommandanten der Roten Armee, deren Kommandantur sich in der Flora- und Spinolastraße niedergelassen hatte, zum ersten Ortsbürgermeister von Karow eingesetzt. Dessen vordringlichste Aufgabe war es, die notwendigste Versorgung der Bevölkerung mit Hilfe der sowjetischen Administration in Gang zu setzen.

(Nach: W. Kiaws, Kämpfer und Siege)

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Aus dem Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, 19. April 1945:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel! Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."

Generaloberst Nikolai Bersarin, Militärkommandant von Berlin, 21. Mai 1945:

„Wir sind hierher gekommen, um ein für allemal die Hitlerband zu vernichten... Niemals und unter keinen Umständen hat das Sowjetvolk daran gedacht, gegen das deutsche Volk zu Felde zu ziehen... Ich wiederhole: Vorzustoßen nur zu dem Zweck, damit sich niemals ein neuer Faschismus bilde. Wir wollen den Frieden in der ganzen Welt."

Aus dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945:

„Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben ... sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören."

Aus dem **Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**,
15. Juni 1945:

„Der Nazifaschismus ist in einen grausigen Abgrund der Vernichtung versunken. Er hat das deutsche Volk in tiefster seelischer Qual, in einer unvorstellbaren Not zurückgelassen. Das Gefühl für Rechtlosigkeit ist gelähmt! Die nackte Not grinst dem Volke aus den Ruinen vernichteter Wohnungen und geborstenen Fabriken entgegen. Hitlers Cäsarenwahnsinn ist durch die siegreichen verbündeten Armeen ausgemerzt und damit die militaristische Raubgier des deutschen Imperialismus für alle Zeiten vernichtet. ...

Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, einen sauberen Staat der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit, Haftpflicht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden.!

Aus der **Charta der Vereinten Nationen**, San Francisco 26. Juni 1945:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, die künftigen Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zwei Mal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, ... Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, ... Toleranz zu üben und die gute Nachbarschaft in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten ... haben beschlossen, unsere Anstrengungen zur Verwirklichung dieser Ziele zu vereinen.“

Aus der **Erklärung des Potsdamer Abkommens der vier alliierten Siegermächte**, 2. August 1945:

„Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören.“

Literaturauswahl

Autorenkollektiv: Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe, Bd.1 u. 2. Berlin 1970.

Autorenkollektiv: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung. Bd.2: 1917 bis 1945. Berlin 1987.

Autorenkollektiv: Der illegale Kampf der KPD 1933-1945 in Berlin-Weißensee. Berichte vom antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD. Berlin 1980.

Biernat, Karl-Heinz/Kraushaar, Luise: Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf. Berlin 1970.

Bessarab, N. A.: Panzer im Visier. Berlin 1975.

Bracher, Karl Friedrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz. Bonn 1986.

Coppi, Hans/Danyel, Jürgen/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994.

Demps, Laurenz: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeitslager in der faschistischen Reichshauptstadt Berlin 1939-1945. Berlin 1986.

Dörrier, Rudolf: Pankow. Kleine Chronik eines Berliner Stadtbezirks. Berlin 1985.

Havemann, Robert: Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Reinbek 1978.

Havemann, Robert: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen. Berlin 1990.

Havemann, Robert: Fragen Antworten Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. Berlin 1990.

Hochmuth, Ursel: Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945. Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. Berlin 1998.

Keiderling, Gerhard: Berlin 1945-1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR. Berlin 1987.

Klaws, Walter: Kämpfer und Sieger. Geschichte des Widerstandskampfes in Berlin, Stadtbezirk Pankow, gegen Faschismus und Kriegspolitik, für Demokratie, Frieden und Sozialismus. Berlin 1981.

Kraushaar, Luise: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936 bis 1942, Robert Uhrig und Genossen. Berlin 1981.

Kubatzki, Rainer: Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Berlin 2001.

Maur, Hans: Berliner Gedenkstätten 1933-1945. Orte des Terrors, der Verfolgung und des Widerstandes. Menschen – verfolgt, verfehmt, verbannt, ermordet. Berlin 1998.

Maur, Hans: Berliner Gedenkstätten 1836-1933. Auf den Spuren der Arbeiterbewegung. Berlin 2000.

Maur, Hans: Mahn-, Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung in Berlin-Pankow. Berlin 1974.

Maur, Hans: Mahn-, Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung in Berlin-Friedrichshain. Berlin 1981.

Maur, Hans: Karower Persönlichkeiten. Abgeordnete des Deutschen Reichstages. Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.1/2003.

Maur, Hans: Was steckt dahinter? Namen von Straßen, Plätzen, Grünanlagen und Gewässern in Berlin-Karow. Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.2/2003.

Maur, Hans: Karower Persönlichkeiten. Abgeordnete der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages. Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.3/2004.

Maur, Hans: Antifaschistische Agitationsmedaillen in Berlin. In: Beiträge zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, H.10/1979, Seite 136 ff.

Maur, Hans: Antifaschistische Agitation auf Medaillen. In: Numismatische Beiträge, 1979/H.1, Seite 3 ff.

Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoß, Jan/Hoffmann, Dieter: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bonn 2000.

Nitzsche, Gerhard: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen Kampfes (1942-1945). Berlin 1957.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Pankow und Reinickendorf. Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin 1933 bis 1945, H.6/1994.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee. Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin 1933 bis 1945, H.12/2000.

Scheel, Klaus: Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation. Berlin 1985.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994.

Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime 1933 bis 1945. Ein biographisches Lexikon. 12. Bde. Berlin 2002/2004.

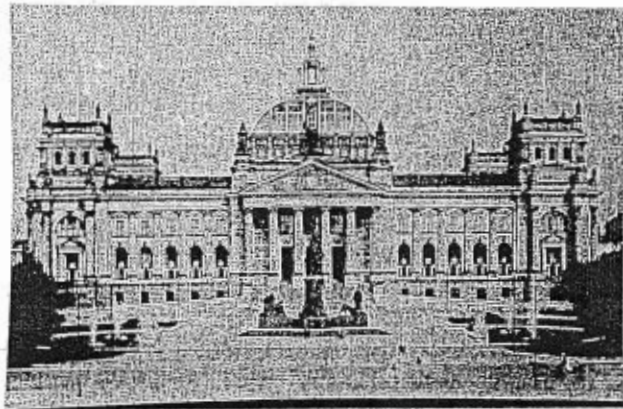
Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand in Charlottenburg. Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin 1933 bis 1945, H.5/1991.

Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945. Hrsg. Arbeitskreis Regionalmuseen. Berlin 2003.

KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.1/2003

**Abgeordnete
des Deutschen Reichstages**



WAS STECKT DAHINTER ?

Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.2/2003

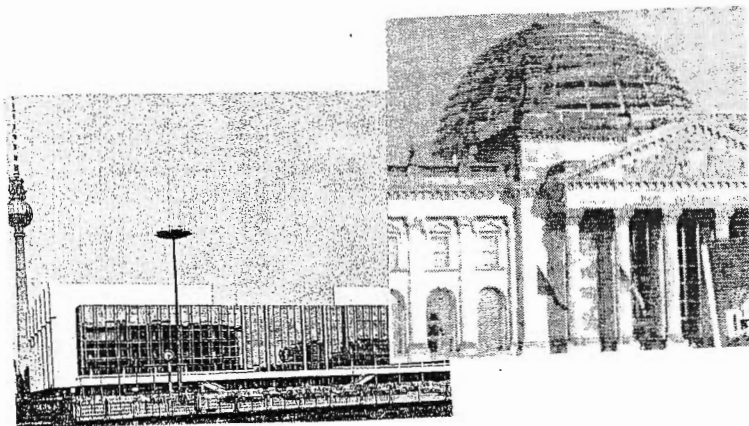
**NAMEN
VON
STRASSEN, PLÄTZEN,
GRÜNANLAGEN
UND
GEWÄSSERN
IN
BERLIN-KAROW**



KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H. 3/2004

**Abgeordnete
der DDR-Volkskammer
und
des Deutschen Bundestages**



Stadtbibliothek

462

N11 < 00111481974



KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Im Widerstand gegen
Faschismus und Krieg
(1933-1945)



Nicht
entleihbar

B
133
Karow
Maur